

Roman Zwicky, Daniel Kübler

Demokratie nach Gemeindefusionen

Eine Fallstudie in der Stadt Aarau



Studienberichte des Zentrums für Demokratie Aarau, Nr. 6

April 2016

Finanzierungsnachweis

Die vorliegende Studie wurde vom Verein ‚Freunde des Zentrums für Demokratie Aarau‘ finanziell unterstützt.

IMPRESSUM

Publikationsreihe des Zentrums für Demokratie Aarau (ZDA)

Herausgegeben von Andreas Glaser, Daniel Kübler und Béatrice Ziegler

ISBN-Nr: 978-3-9524228-5-4

Bezugsadresse:

Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA)

Villa Blumenhalde, Küttigerstrasse 21

CH - 5000 Aarau

Telefon: +41 62 836 94 44

E-Mail: info@zdaarau.ch

www.zdaarau.ch

© bei den Autoren

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	5
1. Einleitung	7
2. Vorgehen und Methode.....	9
3. Intermediäre Organisationen.....	10
3.1 Aarauer Quartiere und Parteien	10
3.2 Unterschiedliche politische Kultur in Aarau und Rohr: Partei- vs. Sachpolitik.....	12
3.3 Rollenverständnis von MandatsträgerInnen	13
3.4 Mobilisierungsfähigkeit, Wahlbeteiligung und Parteiensystem	14
4. Grösse des Einwohnerrates	15
4.1 Vertretung der Parteien	17
4.2 Vertretung der Quartiere und Stadtteile	20
4.3 Vertretung der Parteien in den Quartieren.....	24
5. Wahlkreise und ihre Grösse	25
5.1 Wahlkreise in der Schweiz	27
5.2 Vor- und Nachteile grosser bzw. kleiner Wahlkreise aus wissenschaftlicher Sicht.....	29
6. Synthese.....	32
Literaturverzeichnis	35
Anhang 1: Abbildungen zu den Simulationen	39
Anhang 2: Methodischer Anhang.....	41

Zusammenfassung

In der vorliegenden Fallstudie wird am Beispiel der Stadt Aarau untersucht, wie sich die lokale Demokratie nach Gemeindefusionen verändert und welche Bedeutung dabei den Quartieren bzw. Stadtteilen zukommt. Die Studie widmet sich drei Fragenkomplexen.

Im ersten Fragenkomplex wird die Rolle intermediärer Organisationen genauer beleuchtet. Die Ergebnisse aus sechs ExpertInnen-Interviews mit VertreterInnen von Aarauer Parteien bzw. Vereinen zeigen, dass Aarauer Quartiere für die politische Arbeit relativ unbedeutend sind. Politische Organisationen sind gesamtstädtisch organisiert und fühlen sich gegenüber der Gesamtstadt bzw. der eigenen Partei verpflichtet. Quartiersinteressen werden meist über Mitglieder an die Parteien herangetragen, die sich auch in Quartiervereinen engagieren. Die beiden Quartiere Zelgli und Gönhard sind in der Wahrnehmung der InterviewpartnerInnen in der Aarauer Politlandschaft überrepräsentiert. Aufgrund der Schwierigkeiten, politisches Personal zu rekrutieren, stösst die Berücksichtigung der verschiedenen Quartiere durch die Parteien an praktische Grenzen. Der neue Stadtteil Rohr wird von den Parteien primär symbolisch berücksichtigt, lediglich eine der interviewten Parteien legt eine fixe Quote für RohrerInnen im Parteivorstand fest. Das Parteiensystem hat sich durch die Fusion lediglich aus Rohrer Sicht verändert: die zuvor in Rohr präsenten Parteilosen wurden von VertreterInnen der national etablierten Parteien verdrängt. Die Existenz des gerade für Parteilose attraktiven lokalen Vereins Pro Aarau verhinderte aber eine komplette Delokalisierung des Rohrer Parteiensystems.

Der zweite Fragenkomplex zur Einwohnerratsgrösse widmet sich der Frage nach den Konsequenzen unterschiedlicher Sitzzahlen für die Interessenrepräsentation in Aarau. Eine Simulation verschiedener Einwohnerratsgrössen auf der Grundlage der Wahlergebnisse der Gesamterneuerungswahlen vom 24. November 2013 zeigt, dass sich die Parteistärken kaum verändern würden. Bezüglich der Quartierrepräsentation bestätigt die Analyse die Dominanz der beiden Quartiere Zelgli und Gönhard. Diese würde bei einer Vergrösserung des Einwohnerrates sogar zunehmen. Die Parteienvielfalt ist in diesen beiden Quartieren besonders gross, d.h. in allen Szenarien ab 40 Sitzen erreichen in beiden Quartieren fünf verschiedene Parteien mindestens ein Einwohnerratsmandat. Das Telli ist deutlich untervertreten und die Unterrepräsentation nimmt mit zunehmender Einwohnerratsgrösse sogar noch zu. Die Vertretung der Altstadt würde sich hingegen bei einer Vergrösserung verbessern. Auch in einem 80 Sitze umfassenden Einwohnerrat sind jedoch nicht alle Quartiere vertreten.

Im dritten Fragenkomplex werden die Auswirkungen einer Einführung von Wahlkreisen diskutiert. Die Stadt Aarau bildet aktuell einen Einheitswahlkreis, in dem 50 Mandate zu vergeben sind. Im Vergleich zu einer Unterteilung in mehrere Wahlkreise ermöglicht dies eine angemessene Vertretung der Parteien, d.h. auch kleine Parteien haben reelle Chancen auf einen Sitzgewinn. Ungleich fällt die Quartiervertretung aus. Eine Unterteilung des Stadtgebietes in mehrere Wahlkreise könnte dem entgegenwirken und zu einer fairen Vertretung der Quartiere beitragen, allerdings zulasten der Vielfalt politischer Strömungen. Eine Unterteilung der Stadt in mehrere Wahlkreise würde gemäss Interviewaussagen zudem die bestehenden Rekrutierungsprobleme verschärfen und die Wahlkampfkosten vervielfachen. Gerade auch im Hinblick auf neue Fusionen stellt sich die Frage, wen oder was der Einwohnerrat repräsentieren soll.

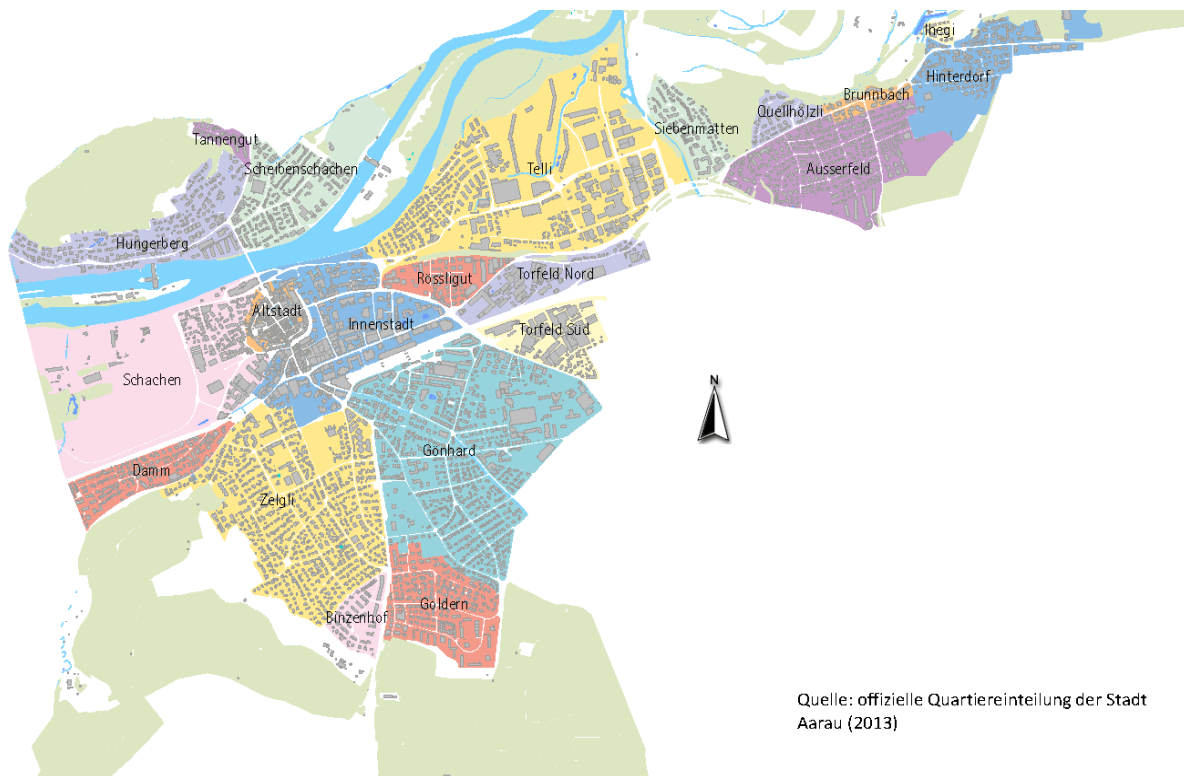
1. Einleitung¹

Obwohl Gemeindefusionen in der Schweiz wieder im Trend liegen, sind empirische Untersuchungen zu den Auswirkungen auf die lokale Demokratie selten. Eine Ausnahme bildet die kürzlich erschienene Studie von Koch und Rohner (2015), in der die Effekte von Gemeindefusionen auf die Wahlbeteiligung und das lokale Parteiensystem in Tessiner Gemeinden untersucht wurden. Die Studie kommt hinsichtlich der Demokratie-Folgen von Gemeindefusionen zu ambivalenten Schlüssen. Einerseits scheinen Gemeindefusionen die Rekrutierungsprobleme für politische Ämter zu lindern, die besonders in kleinen Gemeinden verbreitet sind. In fusionierten Gemeinden sind stille Wahlen der Exekutive weniger häufig, weil mehr Personen für politische Ämter kandidieren. Andererseits führen Fusionen aber zu einer sinkenden Wahlbeteiligung und tragen zum Verschwinden lokaler, nicht auf nationaler Ebene etablierter Parteien bei, da nationale Parteiorganisationen an Bedeutung gewinnen (Koch und Rohner 2015: 148-149).

Die Frage des Zusammenhangs zwischen der Bevölkerungsgrösse einer Gemeinde und der Demokratie in dieser Gemeinde wird in der Politikwissenschaft schon seit langer Zeit diskutiert. So hat die sogenannte *size-and-democracy* Literatur (siehe Dahl & Tuft 1973) unterschiedliche Hypothesen zum Effekt der Grösse von politischen Systemen auf deren Kapazität und diverse demokratische Prinzipien (Partizipation, Repräsentation, Accountability etc.) formuliert. Diese Überlegungen sind auch in Bezug auf Gemeindefusionen von Bedeutung, da solche Fusionen die Grösse politischer Systeme massgeblich verändern. Je nach Grössenverhältnis der fusionierenden Gemeinden ist von unterschiedlichen Auswirkungen auszugehen (Koch & Rohner 2015: 148). Wenn eine grosse Stadt mit kleinen umliegenden Gemeinden fusioniert, werden Letztere zu Stadtteilen bzw. Quartieren, deren Interessen es im politischen Entscheidungsprozess angemessen zu berücksichtigen gilt (Häussermann & Wurtzbacher 2012; Joye et al. 1995). Die hier vorliegende Fallstudie zur Stadt Aarau ist im Kontext dieser allgemeineren Diskussionen zu verorten.

Die Stadt Aarau und die Gemeinde Rohr haben per 1. Januar 2010 fusioniert. Aus Rohrer Perspektive veränderte sich das politische System grundlegend: Bei den legislativen Institutionen fand ein Wechsel von Gemeindeversammlung zu Einwohnerrat statt, also von Versammlungsdemokratie zu repräsentativer Demokratie. Für Aarau hatte die Eingemeindung von Rohr zur Folge, dass das Stadtgebiet um neue Quartiere, die zusammen den Stadtteil Rohr bilden, erweitert wurde (vgl. Abbildung 1). Ende 2013 besteht das Aarauer Stadtgebiet somit aus insgesamt 21 Quartieren, wovon sechs zusammen den Stadtteil Rohr bilden (Stadt Aarau 2013a).

¹ Diese Studie wurde vom Verein Freunde des Zentrums für Demokratie Aarau finanziell unterstützt. Wir bedanken uns bei den sechs interviewten Personen für Ihre Bereitschaft, unsere Fragen zu beantworten. Ausserdem bedanken wir uns bei der Aarauer Stadtkanzlei für die zur Verfügung gestellten Daten zu den Gesamterneuerungswahlen 2013 bzw. der Quartiereinteilung und bei Daniel Bochsler für die wertvollen Hinweise im Zusammenhang mit der durchgeführten Simulation.

Abbildung 1: Quartierkarte der Stadt Aarau (2013)

Quelle: offizielle Quartiereinteilung der Stadt Aarau (2013)

In Anbetracht der durch die Fusion ausgelösten vielfältigen Veränderungen werden in dieser Studie drei Fragenkomplexe untersucht. Als erstes gilt es die Rolle von intermediären Organisationen, ihre Verankerung in den Aarauer Quartieren und die diesbezüglichen Veränderungen anhand von qualitativen Interviews zu untersuchen. Die interessierenden Fragen lauten: *Wie sind Parteien organisiert und welche Implikationen ergeben sich dabei für die lokale Demokratie? Wie wird sichergestellt, dass "neue" Stadtteile angemessen in die Strukturen intermediärer Organisationen der Gesamtstadt integriert werden?*

Im zweiten Teil wird basierend auf einer Simulation von verschiedenen Einwohnerratsgrössen die Vertretung von Parteien und Quartieren untersucht. Die auch im Kontext der Diskussionen zum Sparprogramm Stabulo 2 zu verortenden Fragen lauten: *Was ist eine passende Grösse der Legislative um verschiedene Quartiere bzw. Stadtteile berücksichtigen zu können? Welche Konsequenzen ergeben sich aus der unterschiedlichen Sitzzahl für die Interessenrepräsentation in Aarau?*

Im Rahmen des Fusionsprozesses wurden von offizieller Seite verschiedene Massnahmen ergriffen, um den Übergang für Rohr und Aarau zu erleichtern. Dazu gehörte auch die vorübergehende Bildung von Wahlkreisen (für die Gesamterneuerungswahlen vom 29. November 2009), um dem Stadtteil Rohr eine angemessene Vertretung im Einwohnerrat zu garantieren (siehe Stadt Aarau 2008). Im Kontext dieser Massnahme ist der dritte Fragenkomplex zu verorten in dem anhand von politik- und rechtswissenschaftlicher Literatur folgende Fragestellung untersucht wird: *Welche Effekte haben die Existenz von Wahlkreisen und ihre Grösse für die Repräsentation der verschiedenen Quartiere bzw. Quartiersinteressen?*

2. Vorgehen und Methode

Zur Untersuchung dieser Forschungsfragen stützt sich die vorliegende Studie sowohl auf qualitative, als auch auf quantitative Daten.

Die qualitativen Daten stammen aus insgesamt *sechs leitfadengestützten ExpertInnen-Interviews*, die zwischen dem 27. Juli und dem 30. Oktober 2015 durchgeführt wurden. ExpertInnen-Interviews zeichnen sich dadurch aus, dass nicht die biographischen Daten der Befragten als Person, sondern deren Wissen in einem bestimmten Handlungsfeld interessiert (Flick 2009: 2014; Meuser & Nagel 2002). Insgesamt wurden Interviews mit sechs Personen durchgeführt. Ursprünglich waren lediglich vier Interviews mit VertreterInnen der vier wählerstärksten Parteien aus Aarau geplant, also SP, SVP, FDP und Grüne. Im Verlauf der ersten Interviews zeigte sich aber, dass weitere Interviews mit lokalen Gruppierungen sinnvoll sein könnten, um insbesondere Fragen zur Veränderung des Parteiensystems nach der Fusion von Aarau mit Rohr beantworten zu können. Daher wurden zusätzlich zwei Interviews angesetzt, eines mit einer lokalen politischen Gruppierung und das andere mit einem lokalen Verein.

Zur Durchführung der Interviews wurde ein teil-standardisierter Leitfaden erstellt, in dem Fragen vorgegeben sind, den Interviewten jedoch ein grosser Spielraum bei der Beantwortung dieser gelassen wird (vgl. dazu das halb-standardisierte Interview bei Flick 2009: 203-210; Meuser & Nagel 2002: 77).

Der Leitfaden wurde ausgehend von den Forschungsfragen in die folgenden drei Themenblöcke unterteilt (vgl. Tabelle 2 in Anhang 2):

- Aarauer Quartiere und die Partei bzw. der Verein: In diesem Block stehen Fragen zur Repräsentation, zur Kommunikation, zur politischen Kultur und generell zur Berücksichtigung der Quartiere durch Parteien (auf Einwohnerratslisten, bei politischen Aktivitäten, etc.) im Zentrum.
- Rollenverständnis von Vereinsmitgliedern und MandatsträgerInnen: Hierbei interessierten die Aspekte Verbundenheit, Verantwortlichkeit (Accountability) und generell Unterschiede im Rollenverständnis zwischen Mitgliedern, MandatsträgerInnen und zwischen Personen aus verschiedenen Quartieren.
- Veränderungen seit der Fusion mit Rohr anfangs 2010: Der dritte Themenblock widmet sich den Veränderungen seit der Fusion mit Rohr bezüglich Wahlkreisen, Parteiensystem, politischer Kultur, Mobilisierungsfähigkeit, Wahlbeteiligung, Parteistruktur, etc.

Innerhalb dieser Themenblöcke konnten die Interviewten ihre eigenen Schwerpunkte setzen. Je nach Gesprächsverlauf wurden einzelne Fragen intensiver besprochen oder übersprungen. Der Interviewer fungiert hierbei als Leiter des Gesprächs, er nimmt gewisse Aspekte auf, vertieft diese und achtet darauf, dass Fragen aus allen drei Themenblöcken zur Sprache kommen (vgl. Mayring 2002: 67).

Die quantitative Analyse (vgl. Kapitel 4) beruht auf den *Ergebnissen der Gesamterneuerungswahlen 2013*, die uns freundlicherweise von der Stadt Aarau zur Verfügung gestellt wurden.

3. Intermediäre Organisationen

Im Fragenkomplex zu den intermediären Organisationen wird untersucht, wie die Aarauer Parteien organisiert sind, welche Auswirkungen sich aus der Organisation für die Demokratie auf kommunaler Ebene ergeben und was unternommen wurde, um den neuen Stadtteil Rohr nach der Fusion angemessen in die eigenen Strukturen zu integrieren. Dieser erste Analyseteil stützt sich vor allem auf die Leitfaden-Interviews.

3.1 Aarauer Quartiere und Parteien

Die meisten Interviewten nehmen einen Bias in der Vertretung der Quartiere sowohl innerhalb der eigenen Partei als tendenziell auch in der gesamten Aarauer Politlandschaft wahr. Konkret scheinen überproportional viele Politikerinnen und Politiker in Aarau aus den beiden südlich des Bahnhofs gelegenen Quartiere Zelgli und Gönhard zu stammen. Diese beiden Einfamilienhausquartiere mit hohem Steueraufkommen werden als "überrepräsentiert" und "die Aarauer Politik sehr stark prägend" (InterviewpartnerIn 5) bezeichnet. Der Stadtteil Rohr, zu dem die Quartiere Siebenmatten, Quellhölzli, Ausserfeld, Brunnbach, Hinterdorf und Ihegi gezählt werden (vgl. Abbildung 1), ist in der Wahrnehmung der Interviewten insgesamt ebenfalls gut vertreten. Auf der anderen Seite wird eine Untervertretung von Damm, Telli und Hungerberg gesehen. Nur eine InterviewpartnerIn (6) spricht von einer ausgewogenen Vertretung der Quartiere innerhalb der eigenen Partei.

Dieselbe InterviewpartnerIn (6) vertritt bezüglich der festgestellten Über- bzw. Untervertretung von Quartieren eine interessante These, indem gesagt wird, dass viele Leute lediglich wegen des Jobs ins Quartier Telli ziehen und kaum in Aarau verankert sind, weshalb sie sich auch nicht politisch engagierten. Eine Erklärung für Über- und Untervertretung von politisch engagierten Personen wird also in der Wohndauer gesehen. Je länger man an einem Ort wohnt, desto eher wird man sich politisch engagieren. Die Variable Wohndauer wird auch in der politikwissenschaftlichen Forschung als Erklärung für politisches Engagement identifiziert. Mit zunehmender Wohndauer nehmen Einbindung und Identifikation mit der Gemeinde zu, wodurch politisches Engagement wahrscheinlicher wird (vgl. Kersting 2004: 52). Wie die Wohndauer in den Aarauer Quartieren variiert und inwiefern dies mit dem politischen Engagement korreliert, konnte im Rahmen dieser Studie aus Zeitgründen nicht überprüft werden.

Von drei ParteienvertreterInnen (Interview 1, 2, 6) wird die Quartierrepräsentation auf Kandidierenden-Listen für die Einwohnerratswahlen als ein wichtiges Kriterium angesehen, das durchaus Beachtung findet. In einem Interview (4) werden Altersstruktur und beruflicher Hintergrund jedoch als wichtiger eingestuft. Da "[...]die Leute auch nicht gerade Schlange stehen für ein solches Amt[...]" (InterviewpartnerIn 3) stösst die Berücksichtigung der Quartiere zuweilen an praktische Grenzen. Es sei schon genug schwierig, überhaupt Personen für ein politisches Amt zu finden, die sich in der Öffentlichkeit exponieren wollen. Folglich könne man nicht auch noch Ansprüche hinsichtlich einer proportionalen Vertretung aller Quartiere formulieren (Interview 3 und 4). Formelle Regeln bezüglich der Berücksichtigung der Quartiere auf Einwohnerratslisten existieren demnach nicht. Gleiches gilt für den Austausch mit den Quartieren und die Artikulation der Quartiersinteressen.

Von den interviewten ParteienvertreterInnen gibt niemand an, dass ein engerer Kontakt zu einem Quartiersverein bestehe. Der Austausch mit den Quartieren ist weder in irgendeiner Weise formell festgelegt, noch finden regelmässige Sitzungen statt:

"Es gibt keine Regel, dass wir jetzt da irgendwie Sitzungen abhalten mit diesen Leuten. Und bis jetzt ist das einfach so gewesen, dass es immer Parteimitglieder gegeben hat, die in diesen Vereinen aktiv dabei waren und dann mit diesen Anliegen gekommen sind. Das läuft automatisch. Aber da könnte man sicher noch etwas fördern und sich noch besser für diese Anliegen interessieren...Aber wenn etwas nicht gut ist, geht es jeweils rassig."
(InterviewpartnerIn 6)

Dies hat auch damit zu tun, dass Aarauer Quartiersvereine sich als politisch neutral verstehen und davor zurückschrecken, sich ideologisch zu positionieren. Wenn überhaupt findet lediglich ein informeller Austausch statt, der meistens über Doppelmitglieder läuft, die sowohl einem Quartiersverein als auch einer Partei angehören ("man kennt jemanden im Verein", vgl. Interview 2). Ein Problem besteht erst dann, wenn es in einer Partei keine Mitglieder aus einem bestimmten Quartier gibt, d.h. "wenn es keine Mitglieder gibt, dann weiss man auch nicht wo der Schuh drückt" (InterviewpartnerIn 3).

In der Wahrnehmung der Interviewten werden die Quartiere bzw. die Quartiersvereine vom Stadtrat nicht systematisch angehört, sondern es erfolgt eine projektspezifische Zusammenarbeit. Stadträte nehmen sporadisch an Versammlungen der Quartiersvereine teil, wenn gerade ein wichtiges Projekt ansteht. Bei grösseren Projekten kann es auch vorkommen, dass eine Arbeitsgruppe eingesetzt wird.

Eine direkte Anlaufstelle bei der Stadt, bei der Quartiersvereine ihre Anliegen einbringen können, existiert nicht. Eine solche würde es den Quartiersvereinen aber ermöglichen, ihre Interessen einzubringen, ohne in Gefahr zu laufen, sich parteipolitisch zu positionieren bzw. die Neutralität zu gefährden.² In einem Interview (5) wurde zudem das Beispiel eines Quartiersvereins in Aarau erwähnt, in dem man sich an einer Versammlung stark darüber aufgeregt hat, dass ihre Anliegen vom Stadtrat zu wenig Berücksichtigung finden, und deshalb eine grosse Frustration herrscht.

Im Rahmen der politischen Arbeit werden die Quartiere von den interviewten Parteien unterschiedlich stark berücksichtigt. In einem Interview wurde gesagt, dass sich die Arbeit in den Quartieren aus den Themen ergibt, d.h. man legt nicht im Vorherein fest, in welchem Quartier ein Thema auf die Agenda gebracht werden soll (InterviewpartnerIn 4). Diese Meinung wird von einer anderen InterviewpartnerIn geteilt, die hinzufügt, dass sich an dieser Begebenheit auch durch die Fusion mit Rohr nichts verändert hätte und nicht das Bedürfnis entstanden sei, den Stadtteil Rohr besonders zu berücksichtigen. Anlässe fänden dort statt, wo etwas Spannendes geschehe und wo politische Themen unter den Nägeln brennen (InterviewpartnerIn 2).

Die übrigen Interviewpartner geben hingegen an, dass man sich aktiv um Präsenz in den verschiedenen Quartieren, insbesondere im neuen Stadtteil Rohr, bemüht hat. Dazu wurden v.a. in den

² Das Forum der Älteren Region Aarau (forära) wurde in einem der Interviews als Gegenbeispiel zu den apolitischen Quartiersvereinen genannt. Dieser Verein sei politisch sehr aktiv und lasse sich zu verschiedenen Themen vernehmen (InterviewpartnerIn 4).

ersten Jahren nach der Fusion mit Rohr Wahlkampf- und Standaktionen in Rohrer Quartiere verlagert, Generalversammlungen und andere Veranstaltungen in Rohr durchgeführt, damit sich RohrerInnen wahrgenommen und integriert fühlen (Interview 3). Hierbei geht es nicht primär um inhaltlich-politische Aspekte, sondern um eine symbolische Berücksichtigung der Quartiere, die auch lediglich darin bestehen kann, dass man Aufträge an Betriebe aus einem bestimmten Quartier oder Stadtteil vergibt oder für die Parteiversammlung bewusst Restaurants in verschiedenen Quartieren wählt.

3.2 Unterschiedliche politische Kultur in Aarau und Rohr: Partei- vs. Sachpolitik

In einem Grossteil der Interviews ist von einer unterschiedlichen politischen Kultur in Aarau und Rohr die Rede, von einer Diskrepanz, die mit dem Gegensatz zwischen Partei- und Sachpolitik auf den Punkt gebracht werden könne. Die Art des Politisierens unterscheide sich demnach grundsätzlich zwischen Rohrer EinwohnerrätInnen und denjenigen aus Aarau. Erstere bekundeten Mühe nach der Fusion, da sie sich nicht gewohnt seien, Parteipolitik zu betreiben. RohrerInnen seien weniger "ParteisoldatInnen" (Interview 2) und stimmten auch mal gegen die eigene Partei. Dazu ein ehemaliges Mitglied des Rohrer Gemeinderates:

"Im Gemeinderat in Rohr war unser oberstes Credo, dass Sachpolitik betrieben wird und die Partei vor der Türe bleibt, vor dem Gemeinderatszimmer, was in Aarau nicht so ist. Hier sind also zwei Kulturen aufeinander getroffen, die ganz unterschiedlich waren. In Rohr ist es möglich gewesen, dass die Parteien miteinander gesprochen haben" (InterviewpartnerIn 5).

Damit verbunden seien auch eine stärkere Konsensorientierung und weniger ideologisch geprägte Haltungen. Den RohrerInnen wird ein anderer Zugang zur Politik nachgesagt. Zudem seien sie sehr aktiv, gut vernetzt und eher dazu bereit, Arbeiten zu übernehmen. Sie werden als "Chrampfertypen" bezeichnet, die nicht einfach nur dabei seien, sondern auch anpackten (InterviewpartnerIn 4).

Mehrfach wird in diesem Zusammenhang auf das ausgeprägte Effizienz- und Kostenbewusstsein der RohrerInnen verwiesen, die in der Tendenz der Ansicht seien, dass in Aarau das Geld zu schnell ausgegeben werde. Dabei wird jeweils auf Anschaffungen verwiesen, die im Zusammenhang mit Diskussionen stehen, wie die Stadt gegen aussen auftritt, da merke man Unterschiede (InterviewpartnerIn 2). Bei den Rohrern stossen Anschaffungen, die lediglich getätigt werden, um einen einheitlichen Auftritt gegen aussen (Corporate Identity) zu haben, und nicht weil Mobiliar oder Werkzeuge nicht mehr einwandfrei funktionierten (Interview 3) und Veränderungen in der Umgebungsgestaltung zur Angleichung an Aarau (Interview 5), auf Unverständnis. Hier ist ein gewisser Pragmatismus sichtbar. Inwiefern diese Diskrepanz auf unterschiedlichen politischen Kulturen oder eher auf einem Gegensatz zwischen Bürgerlichen und Linken basiert, bleibt offen. Eine InterviewpartnerIn (3) hat jedoch darauf hingewiesen, dass RohrerInnen auch ein bisschen ein falsches Bild von sich selber hätten, sich als sparsam ansehen, es dabei aber eher um ein Lippenbekenntnis gehe, das der politischen Praxis nicht standhalte.

Ebenfalls wird darauf verwiesen, dass die beiden verschiedenen politischen Kulturen sich mit der Zeit allmählich angleichen würden, dass es sich um einen langfristigen Prozess handelt, der letzten Endes in eine gesamtstädtische politische Kultur münden werde.

In der Rohrer Politlandschaft gab es vor der Fusion relativ viele Parteilose. Nur die Parteien FDP, SP und SVP verfügten über Ortssektionen, die anderen nationalen Parteiorganisationen waren nicht vertreten (Interview 5). Dies könnte auch mit der sachpolitischen Ausrichtung zusammenhängen. In den Gesamterneuerungswahlen 2009, bei denen Rohr und Aarau je einen Wahlkreis bildeten, konnte der politische Verein Pro Aarau in Rohr ein ausgezeichnetes Resultat erzielen, was möglicherweise damit erklärt werden kann, dass für (parteilose) RohrerInnen eine lokale politische Gruppierung unabhängig von den grossen auch auf kantonaler bzw. nationaler Ebene existierenden Parteien am attraktivsten erschien:

"Für die Einwohnerratswahlen [2009] versuchten alle Ortsparteien in Rohr Fuss zu fassen...Wir haben uns lange überlegt, ob wir als Pro Aarau überhaupt in Rohr auftreten können und eine Chance haben. Und wir hatten ja dann den höheren [prozentualen] Stimmenanteil in Rohr als in Aarau als es noch zwei Wahlkreise gab...Ich glaube das hat damit zu tun, dass wir mehr Leute, die noch nicht Stammwähler einer grösseren Partei sind, abholen konnten" (InterviewpartnerIn 2).

Die Interviews zeichnen ein Bild einer entpolitisierten, unpolitischen Gemeindepolitik im alten Rohr. Im Vordergrund sei die Sache gestanden und es wäre primär um effizientes Arbeiten gegangen. Lokale politische Gruppierungen seien von untergeordneter Bedeutung gewesen. Diese Wahrnehmung der Gemeindepolitik ist gerade in kleinen Gemeinden weit verbreitet (vgl. Kübler 2014).

3.3 Rollenverständnis von MandatsträgerInnen

Das Rollenverständnis von politischen MandatsträgerInnen wird primär von zwei Faktoren geprägt: Der wahrgenommenen Verpflichtung gegenüber der Stadt als Ganzer und gegenüber der eigenen Partei. Im Interview mit dem politischen Verein *Pro Aarau* wird zudem deutlich, dass sich dieser grundsätzlich von den auf nationaler Ebene etablierten Parteiorganisationen unterscheidet:

"Bei uns ist es eher so, dass man sich gegenüber der Stadt und nicht dem Verein verantwortlich fühlt. Bei einer SVP oder SP ist die Partei eher etwa gleich wichtig wie die Stadt. Wir fühlen uns hingegen verantwortlich gegenüber der Stadt" (InterviewpartnerIn 2).

Quartiere sind offensichtlich von untergeordneter Wichtigkeit. Die Interviewten geben an, kaum Verantwortlichkeit (accountability) gegenüber dem eigenen Quartier wahrzunehmen. Diese Haltung kann damit begründet werden, dass man einerseits von den Parteien aufgestellt, andererseits in einem einzigen gesamtstädtischen Wahlkreis gewählt wird. Es ist davon auszugehen, dass sich dieses Rollenverständnis bei einer Unterteilung des Stadtgebiets in verschiedene Wahlkreise unterscheiden würde, so dass man sich stärker den Quartieranliegen verpflichtet fühlen würde (vgl. Kapitel 5.2). Der Status Quo begünstigt hingegen eine Orientierung am Gesamtwohl der Stadt und beinhaltet dadurch generell eine Absage an Partikularinteressen aus den verschiedenen Quartieren. Da man aber im Quartier lebt und die Situation vor Ort am besten kennt, kann es punktuell vorkommen, dass man trotzdem ein Anliegen aus dem eigenen Quartier vertritt:

"Das hat auch mit der persönlichen Betroffenheit zu tun. Eigentlich schaut man es schon ganzheitlich an, aber je nach dem ist man auch stärker betroffen von der städtischen Politik...Ich denke, wir probieren schon nicht so zu politisieren, dass man nur sein eigenes Gärtchen pflegt. Aber das kann es schon auch mal geben" (InterviewpartnerIn 3).

Es wird auch darauf hingewiesen, dass es mit zunehmender Größe der Stadt schwerer fällt, die Gesamtstadt zu kennen und zu überblicken, weshalb mit zukünftigen Fusionen, die eine Vergrößerung des Stadtgebietes zur Folge haben, eine Rückbesinnung auf die Quartiere erfolgen könnte (InterviewpartnerIn 4). Es ist davon auszugehen, dass sich dadurch das Problem der ungleichen Vertretung noch akzentuieren würde. Momentan wird Aarau aber noch als relativ kleine Stadt wahrgenommen, in der eine Orientierung an den Quartiersinteressen aufgrund der Kleinräumigkeit und dem dadurch bedingten Mangel an politischen Themen keinen Sinn ergibt (InterviewpartnerIn 2). In zwei der sechs Interviews (1, 2) wird eine Diskrepanz im Rollenverständnis zwischen PolitikerInnen aus dem Stadtteil Rohr und denjenigen aus Aarau sichtbar:

"Die Leute aus der alten Stadt Aarau haben weniger das Gefühl, dass sie die Quartiere auch noch besonders vertreten müssen. Ausser es gibt gerade ein spezielles Projekt im eigenen Quartier. Aber die Aarau-RohrerInnen, sehen sich primär als Vertreter des eigenen Stadtteils. Das sehe ich in der eigenen Partei, der eigenen Fraktion, aber ich habe das Gefühl, das sei auch bei den anderen Fraktionen der Fall" (InterviewpartnerIn 1).

3.4 Mobilisierungsfähigkeit, Wahlbeteiligung und Parteiensystem

Weiter wurde in den Interviews nach den durch die Fusion ausgelösten Veränderungen von Mobilisierungsfähigkeit, Wahlbeteiligung und Parteiensystem gefragt. In einer kürzlich erschienen ZDA-Studie von Koch und Rohner (2015) konnten in diesem Zusammenhang Effekte von Gemeindefusionen auf das individuelle und kollektive politische Handeln in Tessiner Gemeinden festgestellt werden. Gemeindefusionen verändern die lokale Demokratie auf verschiedene Arten. Auf der negativen Seite ist eine Abnahme der Wahlbeteiligung und der Bedeutung von lokalen Parteien und Vereinen zu beobachten. Als positiver Effekt von Fusionen zeigt sich hingegen eine Abnahme von stillen Wahlen, d.h. die BürgerInnen können bei Wahlen in der Tendenz tatsächlich eine Auswahl zwischen verschiedenen KandidatInnen treffen (Koch & Rohner 2015: 148).

In der Wahrnehmung der Interviewten haben sich diesbezüglich durch die Fusion von Rohr mit Aarau keine grundlegenden Veränderungen ergeben. Dies hängt wahrscheinlich auch damit zusammen, dass es sich um eine Eingemeindung handelte, bei der sich das politische System der grösseren Gemeinde Aarau kaum verändert hat. Dies zeigt sich beispielhaft an den Parteilosen (vgl. Kapitel 2.2): Aus Aarauer Sicht hat sich das Parteiensystem nicht verändert, da keine politischen Gruppierungen verschwunden sind oder neu geschaffen wurden. Aus Rohrer Sicht sind hingegen die Parteilosen

verschwunden und das Parteiensystem umfasst auf einen Schlag neue, vor der Fusion in Rohr nicht vertretene Parteien wie die GLP, die CVP oder Pro Aarau.³

Es sei zudem durch die Fusion weder einfacher, noch schwieriger geworden, WählerInnen zu mobilisieren und die Wahlbeteiligung habe sich kaum verändert (InterviewpartnerIn 1).⁴ Dies bedeutet aber keinesfalls, dass es einfach sei, Ämter zu besetzen oder Kandidierende zu finden (vgl. InterviewpartnerIn 1, 3 und 4).

Weder in Aarau noch in Rohr gab es vor der Fusion gravierende Probleme bei der Ämterbesetzung, d.h. stille Wahlen kamen nicht vor, sondern den BürgerInnen konnte jeweils eine Auswahl an KandidatInnen präsentiert werden:

"Wir konnten in Rohr immer alles besetzen. Wir hatten keine Probleme, um diese Leute für politische Ämter zu rekrutieren. Auch für Kommissionen...Sei es die Finanzkommission oder die Steuerkommission gewesen. Wir hatten keine Probleme diesbezüglich. Das, was man da heute liest, dass man keine Leute mehr findet wegen mangelndem politischen Interesse, das hatten wir in Rohr nicht" (InterviewpartnerIn 5).

Dies erstaunt insbesondere im Fall von Rohr, da in der politikwissenschaftlichen Forschung ein Konsens besteht, dass meistens kleine Gemeinden Mühe bekunden, politische Ämter zu besetzen und stille Wahlen häufiger sind (Dlabac et al. 2014; Fetz 2015: 160-161; Koch & Rohner 2015: 142-143).

In einem Interview (2) wird darauf hingewiesen, dass sich aufgrund der grösseren Anzahl Stimmberechtigter in der fusionierten Stadt Aarau die Hürde für Initiativen und Referenden zumindest in absoluten Zahlen erhöht hat. Gemäss der Aarauer Gemeindeordnung ist sowohl für Initiativen als auch für das fakultative Referendum ein Zehntel der Stimmberechtigten nötig.⁵ Dies erschwert die Arbeit der Parteien deutlich, d.h. die Mobilisierung wird quasi erschwert.

4. Grösse des Einwohnerrates

Der zweite Fragenkomplex widmet sich den Auswirkungen unterschiedlicher Grössen des Aarauer Einwohnerrates auf die Repräsentation von Quartieren und Parteien. Auch hier spielen Gemeindefusionen eine gewisse Rolle, denn in Studien aus den Niederlanden konnte ein negativer Effekt von Gemeindefusionen auf die Repräsentativität der kommunalen Legislative festgestellt werden. Bei Gemeindefusionen nimmt die Anzahl Sitze im Parlament in der Tendenz nicht gleich stark zu wie die Einwohnerzahl, was dazu führt, dass weniger MandatsträgerInnen mehr EinwohnerInnen vertreten. Dadurch erhöht sich die Repräsentationsziffer und die demokratische Legitimation des Gremiums wird eingeschränkt (Schaap & Niels 2015: 12).

³ Die eher links stehende politische Gruppierung JETZT! hat bei den Einwohnerratswahlen 2009 noch einen Sitz gewonnen, ist 2013 aber nicht mehr angetreten. Der Bedeutungsverlust von JETZT! wird aber nicht auf die Fusion zurückgeführt (InterviewpartnerIn 2).

⁴ Zahlen für die Stimm- und Wahlbeteiligung im Stadtteil Rohr bzw. in anderen Quartieren werden von der Stadt Aarau keine erhoben (E-Mail von Vize-Stadtschreiber Stefan Berner vom 15. Juni 2015), obwohl dies eine InterviewpartnerIn (2) begrüssen würde. Zudem liegt die Fusion noch nicht so lange zurück, so dass für eine Zeitreihenanalyse der Wahlbeteiligung in Aarau zu wenige Zeitpunkte zur Verfügung stehen.

⁵ Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde Aarau vom 23. Juni 1980 (Stand: 1. Juli 2013), § 5 Abs. 1 und § 7 Abs. 1.

Ausgangspunkt für unsere Analyse sind die Ergebnisse der Gesamterneuerungswahlen vom 24. November 2013. Mit Hilfe eines online verfügbaren Programms namens BAZI (Berechnung von Anzahlen mit Zuteilungsmethoden im Internet), das u.a. vom Mathematiker Friedrich Pukelsheim von der Universität Augsburg entwickelt wurde (siehe Maier & Pukelsheim, 2007), werden vor dem Hintergrund der geltenden gesetzlichen Regelungen verschiedene Szenarien und deren Auswirkungen auf die Parteien- und Quartierrepräsentation simuliert (vgl. auch Bochsler, 2005). In den Simulationen erfolgt anhand der effektiven Parteistimmen eine Aufteilung der Anzahl Sitze auf die verschiedenen Parteien mittels Saint-Laguë-Verfahren.⁶ Das Gemeindegesetz des Kantons Aargau legt keine fixe Grösse des Einwohnerrates fest. Die Anzahl Sitze kann theoretisch zwischen 30 und 80 variieren.⁷ Effektiv weisen die kommunalen Legislativen im Kanton entweder eine Sitzzahl von 40 oder 50 Sitzen auf (Kanton Aargau 2013: 13).

Die Debatte über die Grösse des Aarauer Einwohnerrates wurde in den vergangenen Monaten massgeblich durch das Sparprogramm Stabulo 2 geprägt, in dem eine Verkleinerung auf 40 Sitze gefordert wurde. Von den sechs InterviewpartnerInnen sprechen sich zwei für eine Verkleinerung aus. In einem Interview wird eine sehr differenzierte Abwägung von Vor- und Nachteilen verschiedener Grössen des Einwohnerrates vorgenommen. Bei einer geringeren Sitzzahl könne zwar der Einzelne mehr von der politischen Arbeit profitieren, er müsse aber auch mehr leisten, was gerade im Hinblick auf die Verteilung der Kommissionsmandate zu Schwierigkeiten führen könnte. In einem grösseren Einwohnerrat würden die Parteien zwar besser abgebildet, aber es sei je länger desto schwieriger Leute zu finden, die sich während mehreren Jahren politisch engagieren wollen. Letzten Endes wird in der Tendenz für einen kleineren Einwohnerrat votiert (InterviewpartnerIn 4). Im zweiten Interview wird ganz eindeutig Position für eine Verkleinerung des Einwohnerrates auf 40 Sitze oder weniger bezogen:

"Je grösser ein Entscheidgremium ist, desto länger geht es. Man müsste sich eigentlich fragen, ob der Einwohnerrat nicht ein bisschen kleiner sein soll...Um effizienter zu sein, müsste der Einwohnerrat verkleinert werden" (InterviewpartnerIn 5).

Ein Argument gegen die Verkleinerung des Einwohnerrates, das in einem Interview (3) angesprochen wird, ist die per 2010 erfolgte Fusion von Aarau mit Rohr. Mit der Fusion nahm die Bevölkerung Aaraus um 3'249 EinwohnerInnen auf 19'289 zu (vgl. BFS, 2015). Die Repräsentationsziffer, d.h. die Anzahl EinwohnerInnen, für die ein einziges Mandat steht, erhöhte sich dadurch von 321 auf 386 Personen. Oder anders formuliert: Um dieselbe Repräsentationsziffer beibehalten zu können, hätte der Einwohnerrat aufgrund der Fusion von 50 auf 60 Sitze vergrössert werden müssen. Faktisch wurde demnach die Repräsentation der Bevölkerung durch die Fusion von Aarau und Rohr verschlechtert.

⁶ Bei diesem Verfahren werden die Parteistimmen durch einen zu bestimmenden Divisor geteilt. Die so erhaltene Zahl wird standardmässig gerundet, so dass schliesslich alle zu verteilenden Sitze verteilt werden können (Bochsler 2005: 4).

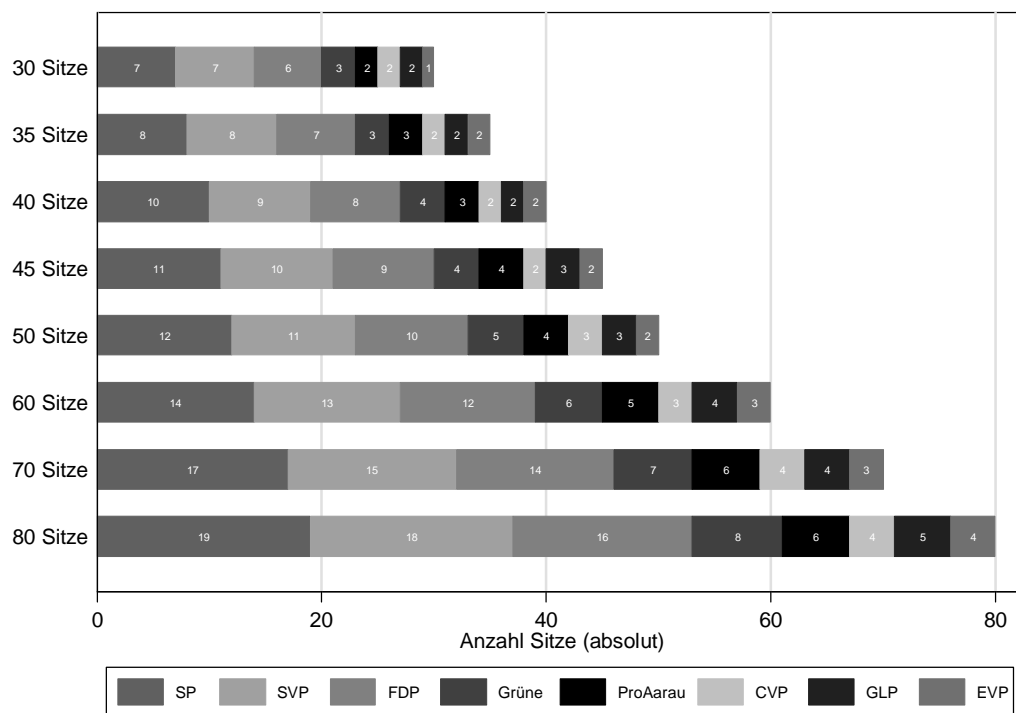
⁷ Gesetz über die Einwohnergemeinden (Gemeindegesetz) vom 19.12.1978 (SAR 171.100), § 65 Abs. 1.

4.1 Vertretung der Parteien

Zunächst erfolgt eine Diskussion der Parteienvertretung im Aarauer Einwohnerrat bei unterschiedlicher Grösse der kommunalen Legislative. Effektiv sind aufgrund der Ergebnisse der Gesamterneuerungswahlen 2013 sieben auf nationaler Ebene etablierte Parteien und ein lokaler politischer Verein (Pro Aarau) im Einwohnerrat vertreten. Die Parteien erreichten die folgenden Sitzzahlen: SP (12 Sitze), SVP (11), FDP (10), Grüne (5), Pro Aarau (4), CVP (3), GLP (3) und die EVP zwei Sitze (vgl. Stadt Aarau 2013b).

In Abbildung 2 ist nun die Anzahl Sitze der Parteien für insgesamt 8 verschiedene Szenarien dargestellt, von 30 bis 80 Sitzen. Die Sitzverteilung im Status Quo mit 50 Sitzen ist ebenfalls als eines der 8 Szenarien aufgeführt.

Abbildung 2: Absoluter Sitzanteil nach Partei: 8 Szenarien



Die Ergebnisse der Simulation zeigen, dass unterschiedliche Grössen des Aarauer Einwohnerrates kaum einen Einfluss auf die Proportionalität der Vertretung der Parteien hätten. Mit zunehmender Sitzzahl verfügen die einzelnen Parteien zwar absolut über eine grössere Sitzzahl, Veränderungen in der prozentualen Parteienstärke bzw. im Verhältnis zwischen den Parteien sind hingegen minim (vgl. auch Hirter 2004: 4).

Die SP ist in allen Szenarien gemessen an der Anzahl Sitze die stärkste Partei. In den Szenarien mit 30 und 35 Sitzen liegt die SVP gleich auf und kann ebenfalls acht respektive sieben Sitze erringen. Im Szenario mit 70 Sitzen verfügt die SP über zwei Sitze mehr als die SVP, während dem die Differenz in

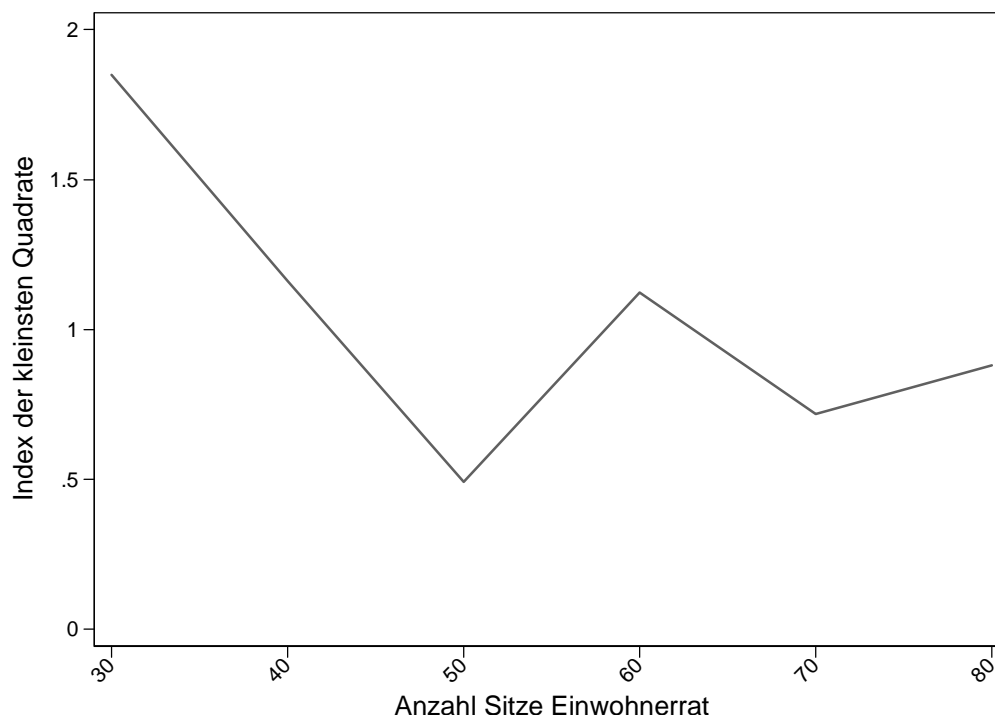
der Sitzzahl zwischen SP und SVP in den anderen Szenarien (mit Ausnahme der beiden eingangs erwähnten) jeweils ein Sitz zugunsten der SP beträgt.

Die Differenz zwischen SVP und FDP beträgt mit Ausnahme des Szenarios mit 80 Sitzen (Unterschied von 2 Sitzen) jeweils einen Sitz. Die Grünen können mit Ausnahme des 35er- und des 45er-Szenarios jeweils einen Sitz mehr als Pro Aarau erringen, in den beiden Ausnahmefällen ist die Sitzzahl der beiden Parteien identisch.

Die einzige Fraktion des Aarauer Einwohnerrates, die aus mehreren politischen Gruppierungen besteht, ist der Zusammenschluss von Pro Aarau, GLP und EVP (Stadt Aarau 2014: 22; InterviewpartnerIn 2). Auch die Stärke dieser Fraktion verändert sich kaum bei unterschiedlicher Parlamentsgrösse. Die prozentuale Sitzzahl beträgt jeweils zwischen 16,7 und 20 Prozent, je nach Proporzglück.

Um die Proportionalität der Wahlergebnisse in den verschiedenen Szenarien messen zu können, wird ein in der Wahlforschung benutztes Mass, der von Gallagher (1991) entwickelte *Index der kleinsten Quadrate*, berechnet. Dabei wird in einem ersten Schritt die Differenz zwischen prozentualem Stimmenanteil und prozentualem Sitzanteil für jede Partei berechnet und danach anhand einer komplexen mathematischen Formel transformiert. Der Gallagher Index bildet somit ab, wie stark sich prozentualer Stimmenanteil und prozentualer Sitzanteil unterscheiden (sog. Disproportionalität). Grundsätzlich gilt: Je kleiner der Wert, desto besser werden die Stimmenanteile in Sitzanteile übersetzt. In Abbildung 3 ist dieser Index der kleinsten Quadrate für sechs verschiedene Szenarien bezüglich der Grösse des Aarauer Einwohnerrates anhand eines Liniendiagramms dargestellt. Generell kann gesagt werden, dass der Index in allen Szenarien kleiner als 2 ist und somit relativ gering ausfällt, da die Sitzverteilung nach Proporzverfahren erfolgt.

Abbildung 3: Disproportionalität des Wahlergebnisses (Gallagher-Index der kleinsten Quadrate) bei unterschiedlicher Grösse des Einwohnerrates



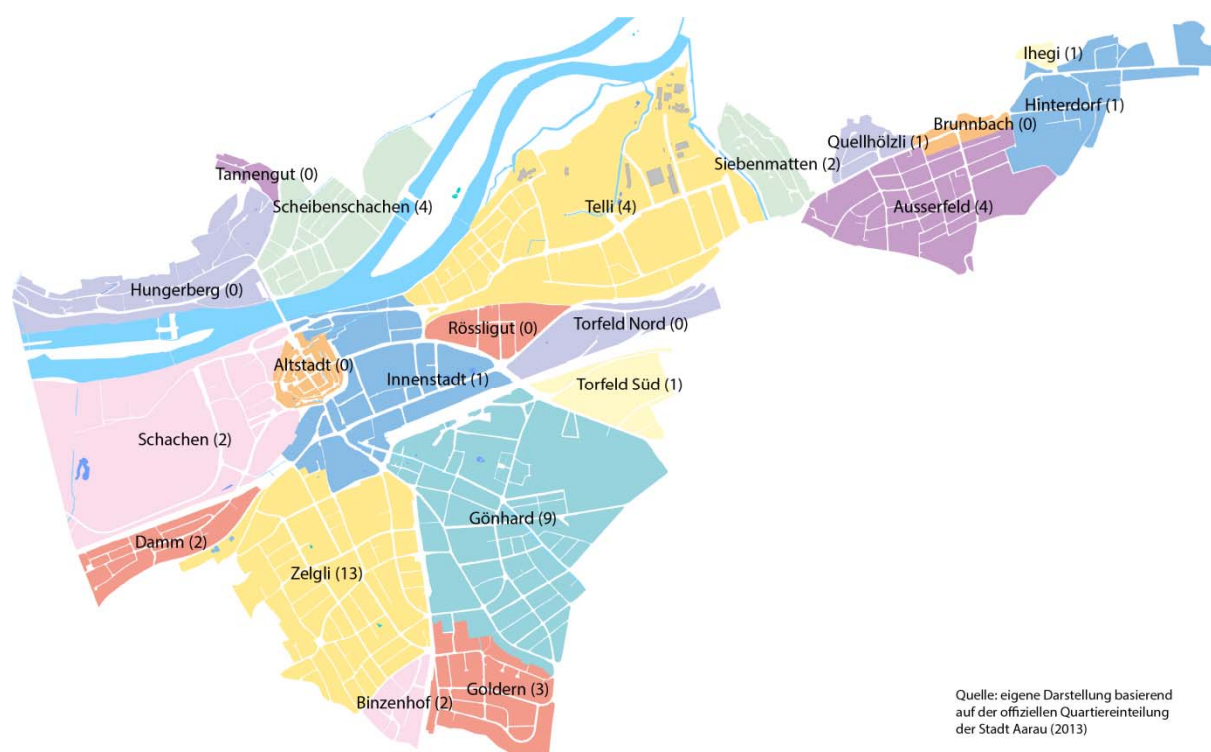
In der Tendenz nimmt mit zunehmender Grösse des Einwohnerrates die Disproportionalität des Wahlergebnisses bis zu einer Sitzzahl von 50 ab, d.h. die Differenz zwischen Stimmen- und Sitzzahl verringert sich. Bei 60 Sitzen liegt der Index hingegen über einem Wert von 1, nimmt bei 70 Sitzen wieder deutlich ab und steigt bei 80 Sitzen marginal an. Hervorzuheben ist, dass der tiefste und damit proportionalste Indexwert aller sechs Szenarien bei der aktuellen Einwohnerratsgrösse mit 50 Sitzen gemessen wird. Im Status Quo werden die Parteistimmen demnach am adäquatesten in Sitzzahlen übersetzt.

Der Status Quo mit 50 Sitzen wird auch von den meisten Befragten (4 von 6) als gut und angemessen bewertet. Das Parlament mit 50 Sitzen habe sich über mehrere Jahre hinweg, in der Zeit vor und nach der Fusion, bewährt (InterviewpartnerIn 6). Eine Vergrösserung würde unter Umständen dazu führen, dass die politische Arbeit schwerfälliger werden würde und gerade für die kleinen Parteien wäre es schwierig, genügend politisches Personal zu finden (InterviewpartnerIn 1). Eine Verkleinerung würde hingegen die Chancen kleiner Parteien auf einen Sitzgewinn schmälern, weshalb der Status Quo beizubehalten sei (InterviewpartnerInnen 1 und 4). Mit einer Verkleinerung des Einwohnerrates verändert sich auch die Grösse des Wahlkreises, da auf demselben Gebiet weniger Mandate zu verteilen sind (vgl. Kapitel 4).

4.2 Vertretung der Quartiere⁸ und Stadtteile

Um beurteilen zu können, wie sich eine Veränderung der Grösse des Einwohnerrates auf die Repräsentation der Aarauer Quartiere auswirkt, gilt der Fokus zunächst dem Status Quo mit 50 Sitzen. Die nachfolgende Abbildung 4 basiert weitestgehend auf der offiziellen Quartierseinteilung der Stadt Aarau (2013a) sowie auf den Ergebnissen der Gesamterneuerungswahlen des Aarauer Einwohnerrates vom 24. November 2013 (Stadt Aarau 2013b). Die Darstellung ist als Momentaufnahme zum Zeitpunkt der Wahl zu verstehen, bei der Veränderungen während der Legislatur 2014-2018 nicht berücksichtigt werden.

Abbildung 4: Verteilung der Einwohnerratssitze auf die Quartiere



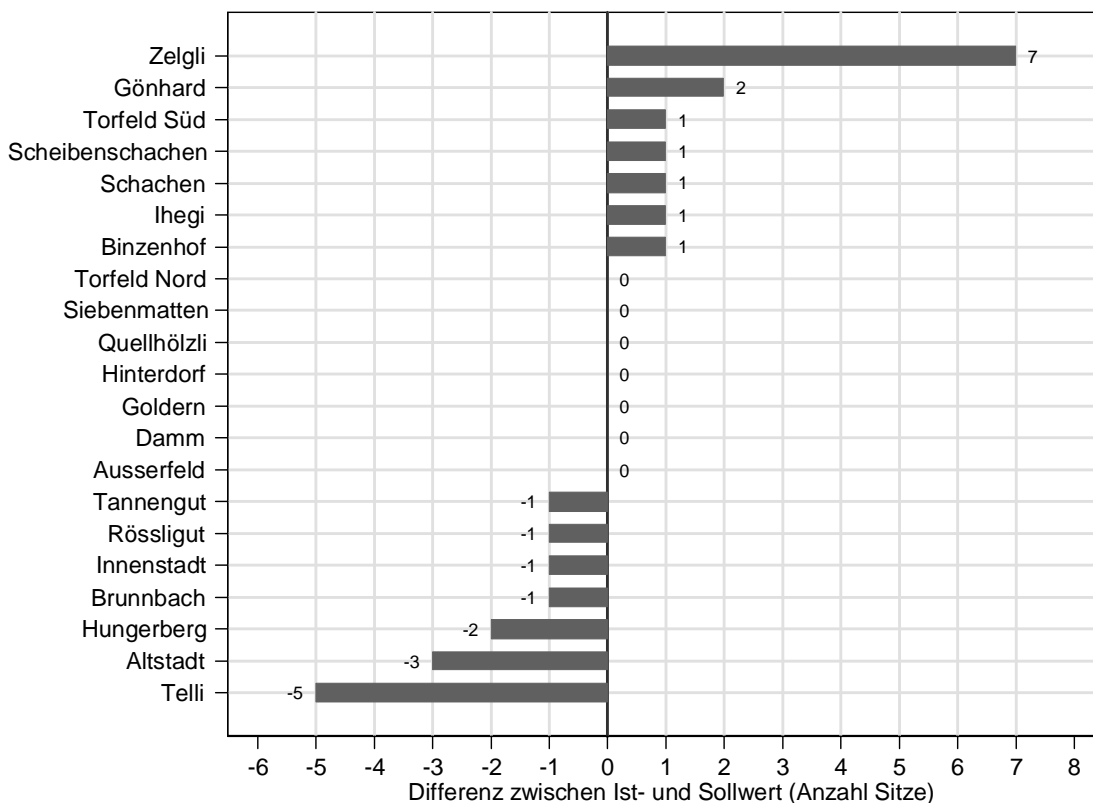
Wie der obigen Abbildung zu entnehmen ist, stammt ein Grossteil der Einwohnerräte aus den beiden südlich des Bahnhofs Aarau gelegenen Quartieren Zelgli und Gönhard. Die Quartiere Ausserfeld, Scheibenschachen und Telli stellen mit je 4 ParlamentarierInnen ebenfalls einen beachtlichen Anteil. Mehrere Quartiere sind nicht im Aarauer Einwohnerrat vertreten, darunter Brunnbach, Torfeld Nord, Tannengut, Hungerberg und die Altstadt.

In der seit Mitte 2012 geltenden kantonalen Verordnung über die Wahl des Einwohnerrates wird festgehalten, dass für die Zuteilung der Mandate auf (allfällige) Wahlkreise die Bevölkerungszahl per

⁸ Ein herzlicher Dank geht an Frau Nadine Marra, Leiterin Stadtbüro Aarau und Stefan Berner, Vizestadt-Schreiber der Stadt Aarau für die zur Verfügung gestellten Listen und Daten zu den Quartieren bzw. den Einwohnerratswahlen 2013.

31. Dezember eines Jahres als Grundlage dient.⁹ Auf der Basis der Einwohnerzahlen nach Quartier per 31. Dezember 2013 erfolgt eine weitere Auswertung, in der die Differenz zwischen effektiver Sitzzahl (Ist-Wert) und dem Quartier aufgrund der Einwohnerzahl zustehender Sitzzahl (Sollwert) berechnet wird (vgl. Abbildung 5).¹⁰ Soll- und Ist-Werte werden für alle Quartiere separat in Abbildung 9 in Anhang 1 aufgeführt.

Abbildung 5: Differenz zwischen Ist- und Sollwert bei einer Einwohnerratsgrösse von 50 Sitzen



Abgesehen von den Quartieren Ihegi, Torfeld Nord und Torfeld Süd steht allen Aarauer Quartieren basierend auf der Bevölkerungszahl mindestens ein Sitz im Einwohnerrat zu. Die grösste Übervertretung zeigt sich im Zelgli, welches 13 Sitze aufweist, wobei dem Quartier lediglich sechs Sitze zustehen würden (Differenz +7 Sitze). Auf der anderen Seite des Spektrums ist das Quartier Telli anzusiedeln, welchem 9 Sitze zustehen würden, dessen Istwert aber 4 beträgt (Differenz -5). Altstadt, Brunnbach, Hungerberg, Tannengut und Rössligut hätten zwar Anspruch auf einen oder mehrere Sitze, entsenden jedoch keine RepräsentantIn in den Einwohnerrat. Ihegi und Torfeld Süd stellen je eine Einwohnerrätin bzw. einen Einwohnerrat, obwohl sie bevölkerungsmässig keinen Sitzanspruch geltend machen können.

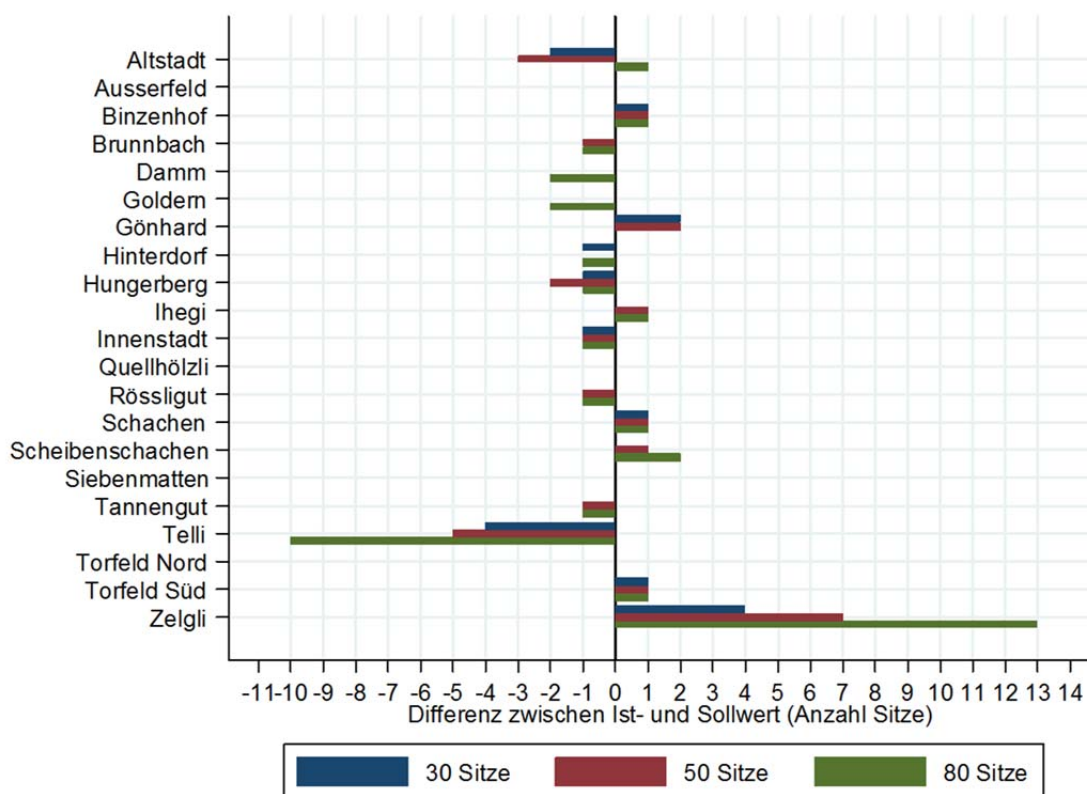
⁹ Verordnung über die Wahl des Einwohnerrates vom 5. Dezember 1988 (SAR 131.731), § 3a, Abs. 2

¹⁰ Personen, die der Kategorie "Auswärtige" angehören, wurden für die Berechnung nicht berücksichtigt. Dabei handelt es sich um Personen, die in einem auswärtigen Heim, einer auswärtigen Institution o.ä. wohnen und deshalb in der offiziellen Statistik der Stadt Aarau keinem Quartier zugeordnet werden (vgl. E-Mail von Nadine Marra, Leiterin Stadtbüro Aarau vom 31. Juli 2015).

Bezieht man sich bei den Zahlen auf die Anzahl Stimmberechtigter pro Quartier - und nicht auf die Anzahl EinwohnerInnen pro Quartier - so sind die Veränderungen der Sitzansprüche nur minim: Das Quartier Hinterdorf hätte neu Anspruch auf 2 Sitze und nicht mehr nur auf einen. Dieser zusätzliche Sitzanspruch ginge zulasten des Quartiers Tannengut, das den Anspruch auf einen Sitz im Einwohnerrat komplett verlieren würde.

Kommen wir nun zu der eigentlichen Simulation der Quartierrepräsentation bei unterschiedlicher Grösse des Einwohnerrates. Grundlage für die nachfolgenden Berechnungen ist die Stimmenzahl der einzelnen KandidatInnen auf den Parteienlisten. Verliert eine Partei den Anspruch auf einen Sitz, so wird jeweils die KandidatIn mit den wenigsten Stimmen gelöscht und umgekehrt. In der nachfolgenden Abbildung 6 ist die Vertretung der Quartiere für insgesamt drei verschiedene Szenarien mit unterschiedlicher Grösse des Einwohnerrates dargestellt. Die drei Szenarien sind die minimale Einwohnerratsgrösse von 30 Sitzen, der Status Quo mit 50 Sitzen und die maximal erlaubte Anzahl von 80 Sitzen.

Abbildung 6: Differenz bezüglich Ist- und Sollwert der Anzahl Sitze nach Quartier für 3 Szenarien



Auch bei einer Einwohnerratsgrösse von 80 Sitzen, der im Kanton maximal erlaubten Sitzzahl, sind nicht alle 21 Aarauer Quartiere in der Legislative vertreten: Brunnbach, Rössligut, Tannengut und Torfeld Nord erreichen in diesem Szenario und allen anderen mit einer kleineren Sitzzahl kein einziges Mandat, obwohl sie mit Ausnahme von Torfeld Nord Anrecht auf einen Sitz hätten.

Das im Status Quo mit 50 Sitzen dominierende Quartier Zelgli kann mit zunehmender Einwohnerratsgrösse jeweils zusätzliche Sitze gewinnen, d.h. je grösser der Einwohnerrat, desto mehr Sitze erreicht das Zelgli und desto grösser wird dessen Übervertretung. Kandidierende aus diesem Quartier erhalten demnach verhältnismässig viele Stimmen, so dass bei einer Vergrösserung des Einwohnerrats zusätzliche Sitze auf das Quartier entfallen. Das Telli bildet den Gegenpol, d.h. mit einer Vergrösserung des Einwohnerrats nimmt die Untervertretung (stark) zu.

Von einer Vergrösserung des Einwohnerrats würde insbesondere die Altstadt profitieren. Während dem sie in den Szenarien mit 30 und 50 Sitzen gemessen an ihrer Einwohnerzahl untervertreten ist, würde daraus bei einer Einwohnerratsgrösse von 80 Sitzen eine Übervertretung um einen Sitz. Der Ist-Wert, d.h. die effektiv erreichte Sitzzahl in den obigen drei sowie in drei weiteren Szenarien ist in Abbildung 10 in Anhang 1 aufgeführt.

Weiter wurde untersucht, wie sich die Repräsentation des Stadtteils Rohr bei sechs verschiedenen Szenarien entwickelt (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Repräsentation des Stadtteils Rohr für sechs Szenarien

Grösse Einwohnerrat	Anzahl Sitze aus Rohr (absolut)	Anzahl Sitze aus Rohr (in %)
30 Sitze	5	16.67
40 Sitze	8	20.00
50 Sitze	9	18.00
60 Sitze	12	20.00
70 Sitze	13	18.57
80 Sitze	14	17.50

Beim Istzustand mit einem 50 Sitze umfassenden Einwohnerrat gehen neun Sitze (18 Prozent aller Sitze) an Personen mit Wohnsitz in Rohr.¹¹ Wird der Einwohnerrat hingegen um 10 Sitze vergrössert oder verkleinert, so nimmt der prozentuale Anteil Rohrer Sitze jeweils auf 20 Prozent zu. In diesen beiden Szenarien mit 40 bzw. 60 Sitzen liegt der prozentuale Anteil Rohrer Sitze somit im Vergleich aller Szenarien am höchsten. In einer 30 Sitze umfassenden Aarauer Legislative liegt der Rohrer Sitzanteil mit 16,7 Prozent hingegen am tiefsten. Von einer Vergrösserung des Einwohnerrats auf 70 bzw. 80 Sitze gehen keine substantiellen Veränderungen für die Repräsentation der RohrerInnen aus.

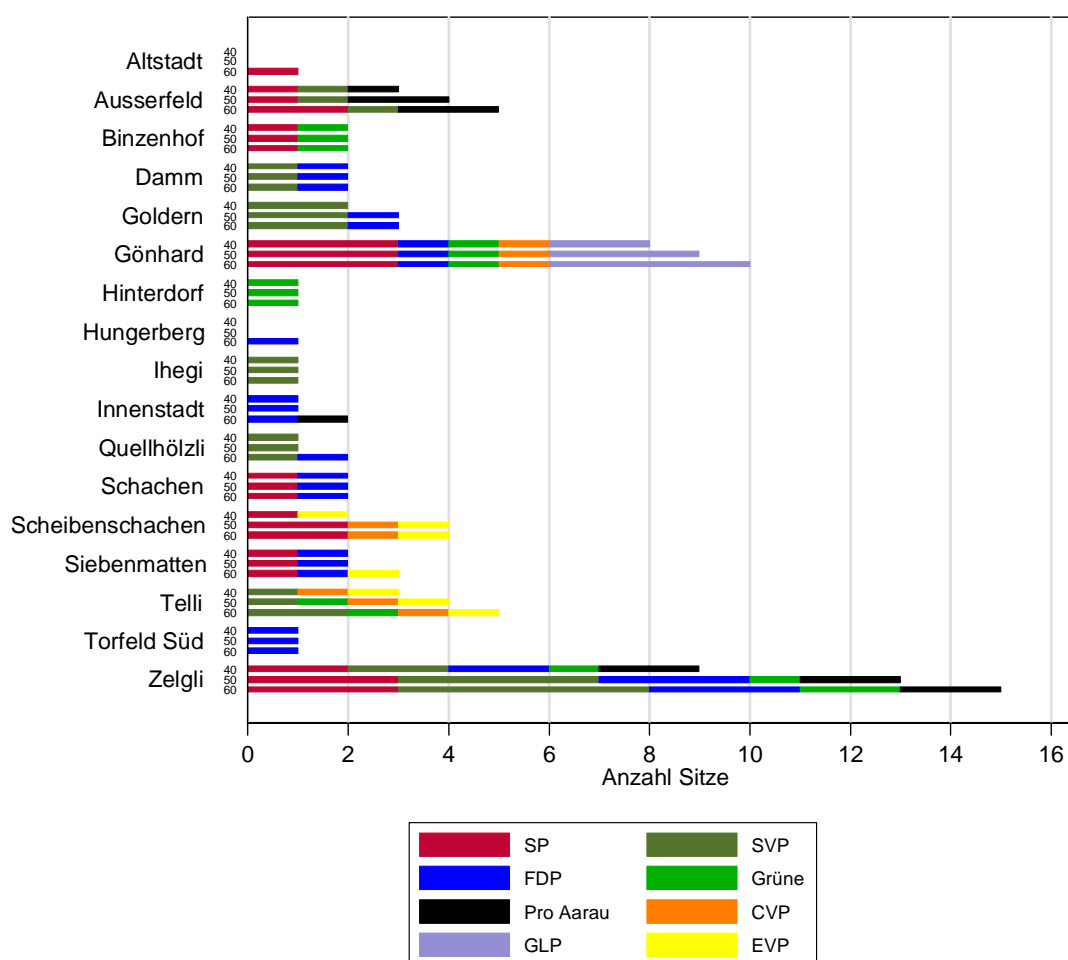
¹¹ Bei den Gesamterneuerungswahlen am 29. November kurz vor der Fusion von Aarau und Rohr bildete Rohr einen eigenen Wahlkreis, in dem es 9 Sitze zu gewinnen gab. Diese Anzahl Sitze konnten die RohrerInnen in den nachfolgenden Gesamterneuerungswahlen demnach behaupten.

Für das Szenario mit der grössten gesetzlich erlaubten Legislative mit insgesamt 80 Sitzen gilt sogar, dass RohrerInnen schlechter repräsentiert sind als beim Status Quo mit 50 Sitzen.

4.3 Vertretung der Parteien in den Quartieren

In diesem dritten Teil wird die Quartierrepräsentation mit der Parteienrepräsentation kombiniert. Abbildung 7 zeigt, über wie viele Sitze die Aarauer Parteien in den verschiedenen Quartieren verfügen, bei unterschiedlicher Grösse des Einwohnerrates. Wiederum wurden sechs unterschiedliche Szenarien berechnet, wobei aus Platzgründen anschliessend nur 3 abgebildet sind.

Abbildung 7: Parteienrepräsentation nach Quartier bei unterschiedlicher Grösse des Einwohnerrates



Im Ist-Zustand mit einem 50 Sitze umfassenden Einwohnerrat zeigt sich, dass sowohl im Gönhard als auch im Zelgli fünf Parteien vertreten sind. Dies ist besonders wichtig, da es sich hier um die beiden den Einwohnerrat dominierenden Quartiere handelt. Wäre hier auch noch eine Dominanz einer Partei zu beobachten, würde sich das Problem der ungleichen Vertretung zusätzlich akzentuieren.

Durch eine Vergrösserung des Einwohnerrats von 40 auf 60 Sitze würde die GLP die SP als sitzmässig stärkste Partei im Quartier Gönhard ablösen. Im 40er-Szenario verfügt die SP über drei Sitze, die GLP über 2. Im 60er-Szenario sind es weiterhin 3 Sitze für die SP und neu 4 für die GLP. Im Zelgli würde primär die SVP von einem grösseren Einwohnerrat profitieren. Während dem sie im 40er-Szenario zwei Sitze erringen kann, sind es im 50er-Szenario schon vier und im 60er-Szenario sogar fünf Sitze. Im Quartier Goldern dominiert die SVP in allen drei berechneten Szenarien.

Interessant ist, dass sich die Sitzgewinne von EVP und CVP hauptsächlich auf die beiden Quartiere Scheibenschachen und Telli konzentrieren. Die CVP erreicht zudem im Gönhard in allen Szenarien einen Sitz und die EVP kann bei einer Einwohnerratsgrösse von 60 Sitzen ein Mandat im Quartier Siebenmatten erobern.

Pro Aarau kann unabhängig von der Einwohnerratsgrösse in den Quartieren Ausserfeld (Rohr) und Zelgli immer mindestens ein Mandat erreichen. Im 60er-Szenario kann diese lokale politische Gruppierung zudem in der Innenstadt einen Sitz hinzugewinnen.

5. Wahlkreise und ihre Grösse

In diesem Kapitel werden zunächst zentrale Begriffe im Zusammenhang mit der Forschung zu Wahlkreisen diskutiert, bevor ein Überblick über Wahlkreise in der Schweiz gegeben wird. Abschliessend wird anhand der einschlägigen wissenschaftlichen Diskussion eine Übersicht über Vor- und Nachteile verschiedener Arten von Wahlkreisen vorgenommen, ergänzt durch Aussagen aus den durchgeführten Interviews.

In grossen Gemeinden und Körperschaften ist Demokratie fast schon zwangsläufig mit repräsentativer Demokratie gleichzusetzen. Das Volk wählt seine VertreterInnen, die dann in dessen Namen politische Entscheidungen zu treffen haben. Das Wahlsystem und damit verbunden auch die Grösse und Ausgestaltung von Wahlkreisen können als zentraler Bestandteil der repräsentativen Demokratie angesehen werden, der bestimmt, wie sich die Stimmen der BürgerInnen in Anzahl Sitze übersetzen (Lijphart 1994: 1). Früher konzentrierte sich die Forschung insbesondere auf die Unterscheidung zwischen Wahlsystemen mit Verhältniswahl (Proporz) und solchen mit Mehrheitswahl (Majorz) (siehe Duverger 1951). Seit geraumer Zeit wird jedoch auch die zentrale Bedeutung von Wahlkreisen und deren Grösse betont (vgl. Taagepera & Shugart 1989). Gemäss Nohlen (2004: 77) ist die Wahlkreiseinteilung eine der wichtigsten und gleichzeitig politisch umstrittensten Fragen bei der Beurteilung eines Wahlsystems (siehe auch Grofman & Lijphart 1986). Ob Wahlkreise existieren und falls ja, welche Grösse sie annehmen, beeinflusst nicht nur die Chancen einer Partei, Sitze zu gewinnen, sondern sie hat ganz generell Auswirkungen auf die Repräsentation verschiedener gesellschaftlicher Gruppen (Falter & Winkler 2014: 771-773).

Bevor wir aber auf Auswirkungen und Effekte von Wahlkreisen für die Repräsentation von Parteien und anderen gesellschaftlichen Gruppen zu sprechen kommen, erfolgt eine Diskussion des Begriffes Wahlkreis. Poledna (1988: Anhang 39) definiert Wahlkreise etwas umständlich als "[...]Gebiet, in welchem die gültig abgegebenen Stimmen die Grundlage für die Mandatzuteilung bilden." Die

Wahlkreisgrösse ergibt sich folglich aus der Anzahl RepräsentantInnen, die in einem Wahlkreis gewählt werden (Lijphart 1994: 10), d.h. sie entspricht der Anzahl zu vergebender Sitze pro Wahlkreis. Kurz und prägnant formulieren es Falter und Winkler (2014: 771): "Der Wahlkreis ist die Einheit, in der Stimmen in Mandate übertragen werden." Die Grösse eines Wahlkreises ist somit nicht abhängig von dessen geographisch-territorialen Ausdehnung, sondern von der Anzahl zu vergebender Mandate (Nohlen 2004: 82).

Das ganze mögliche Spektrum reicht theoretisch vom kleinstmöglichen Einerwahlkreis, in dem nur ein einziger Sitz zu vergeben ist, bis hin zu einem Einheitswahlkreis, in dem sich alle zu vergebenden Sitze in einem einzigen Wahlkreis befinden (Tschannen & Wyss 2005: 9). Häufig wird auch zwischen dem Einerwahlkreis (uninominal), in dem nur eine Person gewählt werden kann und den sogenannten Mehrpersonenwahlkreisen (plurinominal) unterschieden (Nohlen 2004: 82-83).

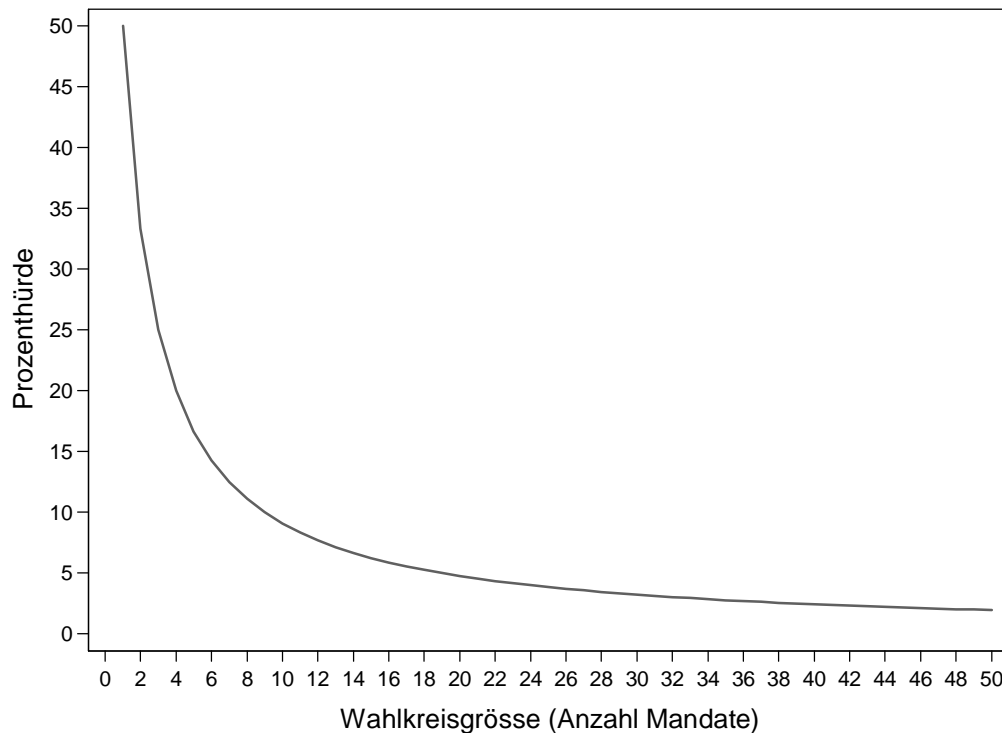
Mit Ausnahme der Gesamterneuerungswahlen des Einwohnerrates vom 29. November 2009 bildet das Aarauer Stadtgebiet für die Einwohnerrats-Wahlen jeweils einen Einheitswahlkreis, in dem alle 50 Mandate zu vergeben sind. Gemäss der kantonalen Verordnung zur Wahl des Einwohnerrates stellt die Gemeinde einen Wahlkreis dar, wobei in der jeweiligen Gemeindeordnung auch die Bildung von mehreren Wahlkreisen vorgesehen werden kann. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dass bei Gemeindegemeinschaften vorübergehend Wahlkreise gebildet werden.¹² Für die Wahlen 2009 wurde das Stadtgebiet im Hinblick auf die bereits beschlossene, rechtlich aber noch nicht erfolgte Fusion mit Rohr per 1. Januar 2010 hingegen in zwei Wahlkreise unterteilt (siehe Stadt Aarau 2008). Die Bildung von zwei Wahlkreisen für die Gesamterneuerungswahlen 2009, um Rohr eine angemessene Repräsentation im zukünftigen Einwohnerrat garantieren zu können, wird in den durchgeführten Interviews unisono als notwendig, richtig und sinnvoll erachtet. Diese "Besitzstandsgarantie" (InterviewpartnerIn 4) sollte verhindern, dass in Rohr der Eindruck erweckt wird, dass man vom grossen Aarau einfach "geschluckt" werde (InterviewpartnerIn 1). Die beiden Wahlkreise seien ein gutes Instrument gewesen, um Fairness zu Beginn zu garantieren (InterviewpartnerIn 6). Ein Weiterbestehen des Wahlkreises bzw. der Sitzgarantie für Rohr wird grundsätzlich abgelehnt, denn wer sich als ParlamentarierIn nach einer Legislatur nicht behaupten könne, der habe auch nichts im Einwohnerrat zu suchen (Interview 5).

Eine zweite zentrale Unterscheidung in der Wahlkreisliteratur bezieht sich auf die Begriffe direktes und natürliches Quorum. Von einem direkten Quorum (auch explizite Sperrklausel genannt) ist dann die Rede, wenn in Verfassung oder Gesetz ein minimaler prozentualer Anteil an zu erreichenden Stimmen festgelegt wird. Unterschreitet eine Liste diesen Prozentsatz, können ihr keine Mandate zugeteilt werden. Das natürliche Quorum (faktische Sperrklausel) bezeichnet hingegen die Prozhürde an gültigen Stimmen, die überschritten werden muss, um ein Vollmandat auf sicher zu haben (Tschannen & Wyss, 2005: 10). Mathematisch ergibt sich das natürliche Quorum aus der Division von 100 mit der Anzahl Sitze pro Wahlkreis plus 1. Für die Aarauer Einwohnerratswahlen mit 50 zu verteilenden Mandaten ergibt sich ein natürliches Quorum von 1,96 Prozent.

¹² Verordnung über die Wahl des Einwohnerrates vom 5. Dezember 1988 (SAR 131.731), § 3.

Wie in der nachfolgenden Abbildung 8 (vgl. Linder, 2005: 97) illustriert, sinkt das natürliche Quorum mit zunehmender Wahlkreisgrösse. Oder anders formuliert: Je mehr Mandate in einem Wahlkreis zu vergeben sind, desto tiefer liegt das natürliche Quorum. In einem Wahlkreis mit nur einem zu vergebenden Mandat sind für das Erreichen eines Sitzes mehr als 50 Prozent der Stimmen erforderlich.

Abbildung 8: Prozenzhürde und Wahlkreisgrösse (natürliches Quorum)



Die Grösse eines Wahlkreises und die damit verbundene Höhe des natürlichen Quorums können dazu führen, dass sich das Wahlsystem faktisch von Proporz hin zu Majorz verändert. Wird ein Wahlgebiet in mehrere kleine Wahlkreise eingeteilt, entspricht die Wirkung dieser Unterteilung derjenigen von direkten Quoren: Je kleiner ein Wahlkreis, desto geringer wird die Parteienvielfalt ausfallen, da für die Erreichung eines Mandats verhältnismässig mehr Stimmen benötigt werden als in grösseren Wahlkreisen (Poledna, 1988: 131). Je grösser ein Wahlkreis, desto proportionaler fällt hingegen das Wahlergebn aus (Lijphart, 1994: 49).

Historisch betrachtet birgt die Einteilung von Wahlkreisen eine gewisse politische Brisanz. Wiederholt haben Amtsinhaber in verschiedenen Ländern der Welt Wahlkreise aktiv zu ihren Gunsten zugeschnitten oder notwendige Anpassungen an Bevölkerungsveränderungen unterlassen (vgl. Falter & Winkler, 2014: 771; Nohlen, 2004: 77).

5.1 Wahlkreise in der Schweiz

In der Schweiz gibt es auf nationaler Ebene 26 Wahlkreise, die den 26 Kantonen entsprechen. Die Anzahl der zu vergebenden Mandate bei Nationalratswahlen variiert dabei zwischen 1 und 35. In

kleinen Kantonen, darunter Glarus, Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden, Nidwalden, Obwalden und Uri, kann die wahlberechtigte Bevölkerung je eine Person in den Nationalrat wählen. Mit 35 Mandaten weist der Kanton Zürich für die vergangenen Nationalratswahlen vom 18. Oktober 2015 hingegen die höchste Sitzzahl aller Wahlkreise auf (Schweizerische Eidgenossenschaft 2015).

Im Vergleich mit den anderen föderalen Ebenen der Schweiz unterscheiden sich die Wahlkreise auf Bundesebene bezüglich ihrer Grösse am stärksten (Bochsler, 2005: 2).

Bei den kantonalen Parlamentswahlen bilden die Kantone Tessin und Genf Einheitswahlkreise, d.h. alle Sitze sind in einem einzigen Wahlkreis zu vergeben. Die übrigen Kantone verfügen hingegen über mehrere Wahlkreise. In einem Grossteil der Wahlkreise der übrigen Kantone ist die Anzahl zu vergebender Sitze derart klein, dass das natürliche Quorum hoch liegt (Vatter, 2002: 121).

Der Kanton Aargau wird für die Wahlen zur Legislative, dem Grossen Rat, in 11 Wahlkreise, die den Bezirken entsprechen, aufgeteilt. Die Anzahl Mandate, über die ein Wahlkreis verfügt, wird jeweils per 30. Juni des Vorjahres festgelegt.¹³ Mit der Reduktion der Anzahl Sitze von 200 auf 140 auf den Beginn der Legislatur 2005 veränderte sich das natürliche Quorum schlagartig, was verschiedene kleinere Parteien und Privatpersonen zu einer gemeinsamen Stimmrechtsbeschwerde veranlasste (siehe Schmid, 2004). Aufgrund der unterschiedlichen Wahlkreisgrösse variierte das natürliche Quorum seither zwischen 3,2 und 14,3 Prozent.¹⁴ Das Bundesgericht sieht es als erwiesen an, dass der einzelnen Stimme je nach Wahlkreis ein unterschiedliches Gewicht zukommt. Es spricht in seinem Urteil von einer 10-Prozent-Limite, die es sowohl bei direkten als auch bei natürlichen Quoren bei Proporzahlen nicht zu überschreiten gelte (vgl. dazu Tschannen & Wyss, 2005: 13). Aktuell variiert die Wahlkreisgrösse zwischen sieben (in den Bezirken Laufenburg, Muri und Zurzach) und 30 Mandaten im Bezirk Baden (vgl. Kanton Aargau 2015).

Auf kommunaler Ebene sind Wahlkreise in der Schweiz äusserst selten. Meistens werden die Wahlen zur kommunalen Legislative in einem Einheitswahlkreis abgehalten, in dem alle zur Verfügung stehenden Mandate verteilt werden. Als einzige uns bekannte Stadt in der Schweiz kennt Zürich Wahlkreise, nämlich deren neun (Stadt Zürich 2013).

In den letzten Jahren hat das Bundesgericht in mehreren Urteilen die Wahlkreisgrösse bei kantonalen und kommunalen Wahlen beurteilt. Der Grundsatz, dass das natürliche Quorum in einem Wahlkreis den Wert von 10 Prozent nicht überschreiten sollte, wird auch in einem aktuellen Urteil zum Kanton Wallis festgeschrieben.¹⁵ Wie Töndury (2013: 53) ausführt, sind Abweichungen von diesem Grundsatz lediglich zum Schutz von (örtlichen) Minderheiten zulässig. Im Kontext von Gemeindefusionen bzw. Eingemeindungen könnte(n) die kleinere(n) Gemeinden als Minderheit angesehen werden, die es zu schützen gilt.

¹³ Verordnung zum Grossratswahlgesetz vom 11.07.1988 (SAR 152.111), § 4a.

¹⁴ Urteil des Bundesgerichts 1P.406/2004 vom 27. Oktober 2004.

¹⁵ Urteil des Bundesgerichts 1C_495/2012 vom 12. Februar 2014.

5.2 Vor- und Nachteile grosser bzw. kleiner Wahlkreise aus wissenschaftlicher Sicht

Die wissenschaftliche Debatte über die Vor- und Nachteile von Einerwahlkreisen verglichen mit Wahlkreisen, in denen mehrere Sitze zu vergeben sind, ist unweigerlich mit der Diskussion über Verhältnis- bzw. Mehrheitswahl verbunden (ace 2015a). Die Vorteile des einen Typus von Wahlkreisen entsprechen häufig den Nachteilen des anderen Typus. Um die wissenschaftliche Argumentation besser verstehen zu können, gehen wir von den aktuellen Gegebenheiten bei den Aarauer Einwohnerratswahlen aus: Die Legislative wird in einem Wahlkreis, einem Einheitswahlkreis in dem 50 Sitze zu vergeben sind, nach Proporzsystem gewählt. Mit derart grossen Wahlkreisen sind die folgenden Vorteile verbunden (siehe ace 2015a):

- proportionalere und angemessenere Vertretung der Parteien: Mit zunehmender Grösse eines Wahlkreises nimmt auch die Wahrscheinlichkeit zu, dass eine proportionale Repräsentation erreicht werden kann. In grossen Wahlkreisen erhalten auch kleine politische Gruppierungen eine Chance, ein Mandat zu erringen. Dadurch nimmt die Diversität von Kandidierenden und Parteien zu, was im Endeffekt auch eine angemessenere Repräsentation ermöglicht. In der Wahlforschung herrscht Konsens, dass mit zunehmender Wahlkreisgrösse die Wahlergebnisse in Bezug auf die Parteienvertretung proportionaler ausfallen, da auch kleinere Parteien realistische Chancen auf Sitzgewinne haben (Anckar 1997; Gallagher 1991; Hirter 2004: 4; Lijphart 1994; Taagepera & Shugart, 1989).
- Entscheidungen zum Wohl der Gesamtstadt: Um gewählt zu werden, müssen KandidatInnen die ganze Stadt im Blickfeld haben und ihre Ziele an dieser ausrichten. Partikularinteressen einzelner Quartiere, Nachbarschaften oder sozialer Gruppen, die in diesen geographischen Einheiten wohnen, spielen lediglich eine untergeordnete Rolle. Davon verspricht man sich im Endeffekt bessere Entscheidungen für die Gesamtstadt (Engstrom & McDonald, 1986: 203-204).

Grosse Wahlkreise, d.h. Wahlkreise in denen viele Personen zu wählen sind, werden aber aus wissenschaftlicher Sicht auch mit Nachteilen verbunden, die sich insbesondere auf das Verhältnis zwischen Wählenden und Abgeordneten beziehen:

- keine eindeutige Repräsentation: In grossen Wahlkreisen, in denen mehrere Personen gewählt werden, ist eine direkte Beziehung zwischen WählerIn und den Gewählten kaum möglich. Für Wählende ist nicht klar, wer für sie der Ansprechpartner ist, der die Interessen ihres Gebiets vertritt, da keine örtliche Verbundenheit vorausgesetzt wird. Die Rückbindung der Abgeordneten an die Wählerbasis wird dadurch abgeschwächt, so dass das Vertrauen in die Gewählten tiefer ausfallen kann (Nohlen 2004: 92; Töndury 2013: 52).
- minimale Accountability (Verantwortlichkeit): Die MandatsträgerInnen können nicht direkt für ihre Arbeit verantwortlich gemacht werden, d.h. eine Zuordnung der Leistung zu einzelnen MandatsträgerInnen fällt mit zunehmender Wahlkreisgrösse schwieriger. Folglich werden die Möglichkeiten, die Gewählten für ihre Leistungen zu belohnen bzw. abzustrafen,

eingeschränkt (von Hagen 2006: 468). In der Wahlforschung wird von einem Trade-Off zwischen Accountability und Repräsentation gesprochen. In grossen Wahlkreisen kann eine angemessenere Repräsentation zulasten der Accountability erreicht werden (Carey & Hix 2011: 385-386).

Es ist denkbar, das Gebiet des heutigen Aaraus in mehrere Wahlkreise mit unterschiedlichen Sitzzahlen zu unterteilen. Grundlage dafür könnte die Quartiereinteilung der Stadt Aarau (vgl. Abbildungen 1 und 4) bzw. eine gröbere Einteilung sein. Wenn man bedenkt, dass zu Beginn der Legislatur mehr als die Hälfte der ParlamentarierInnen aus den vier südlichen Quartieren Aaraus stammten, macht eine Unterteilung besonders Sinn. Dadurch würden mehrere kleinere Wahlkreise geschaffen. Wahlkreise, in denen nur eine oder wenige Personen gewählt werden können, beinhalten gegenüber grossen Wahlkreisen folgende Vorteile:

- eindeutigere Repräsentation des Wahlkreises: Wird ein grösseres Gebiet in mehrere kleine Wahlkreise unterteilt, sind der oder die RepräsentantInnen des eigenen Wahlkreises für alle WählerInnen eindeutig erkennbar.¹⁶ Dadurch stehen sich WählerInnen und Gewählte in der Tendenz näher, wodurch u.U. auch das Vertrauen in die Gewählten gestärkt werden kann (Töndury 2013: 52).
- maximale Accountability (Verantwortlichkeit): Die MandatsträgerInnen können direkt für ihre Arbeit verantwortlich gemacht werden, d.h. die Ergebnisse können ihnen direkt zugeordnet werden. Sind die WählerInnen mit den politischen Entscheiden ihrer VertreterInnen nicht zufrieden, können sie diese einfacher mit einer Abwahl bestrafen oder andernfalls mit zusätzlichen Stimmen belohnen (ace 2015b; Nohlen 2004: 92).
- Garantie der geographischen Repräsentation: Im Gegensatz zu einem grossen Einheitswahlkreis garantieren viele kleine Wahlkreise einerseits, dass unterschiedliche Quartiere, Nachbarschaften, Gebiete etc. repräsentiert werden, was zu einer faireren, angemesseneren Repräsentation der Gemeindebevölkerung beitragen kann (Engstrom & McDonald 1986: 204). Letzen Endes tritt hier ein Dilemma zutage: Eine Unterteilung in kleine Wahlkreise garantiert zwar eine faire Repräsentation der Quartiere, benachteiligt aber aufgrund der höheren natürlichen Quoren kleinere politische Gruppierungen. Es stellt sich die Frage, welcher Aspekt höher gewichtet wird. Töndury (2013) ist diesbezüglich folgender Meinung: "Es geht bei der Vertretung im Parlament nicht nur um eine Parteienvertretung, sondern auch um eine verhältnismässige und faire Repräsentation der jeweiligen Ortsbevölkerung" (Töndury 2013: 65).

Die Einteilung des Wahlgebiets in mehrere kleine Wahlkreise ist aber nicht nur mit Vorteilen verbunden. In der wissenschaftlichen Debatte werden folgende Nachteile aufgeführt:

¹⁶ Vgl. das Beispiel der eidgenössischen Wahlen: Bei einem grossen Wahlkreis mit vielen zu vergebenden Mandaten, wie bei den Nationalratswahlen, kennt man als WählerIn in der Regeln nicht alle 16 RepräsentantInnen des Kantons Aargau. In einem kleinen Wahlkreis mit wenigen zu vergebenden Mandaten, wie z.B. bei den Ständerratswahlen, fällt die Identifikation der VertreterInnen hingegen um einiges leichter.

- Benachteiligung von kleinen Parteien: Insbesondere kleine Parteien werden von kleinen Wahlkreisen benachteiligt, da hier verhältnismässig viele Wählerstimmen notwendig sind, um einen Sitz zu erringen, d.h. das natürliche Quorum liegt hoch (Nohlen 2004: 87). Insbesondere kleine und mittlere Parteien werden von der Mandatsverteilung ausgeschlossen. Grosse, wählerstarke Parteien können hingegen von der Kleinheit des Wahlkreises profitieren. Eine annähernd proportionale Repräsentation wird dadurch quasi verunmöglicht (Poledna 1988: 131).
- unterschiedliches Gewicht der Stimmen: In einem Einheitswahlkreis hat jede Stimme dasselbe Gewicht (Töndury 2013: 52-53). Durch eine Unterteilung in Wahlkreise erhalten die Stimmen je nach Wahlkreis ein unterschiedliches Gewicht, was in der englischsprachigen Literatur als *malapportionment* bezeichnet wird (vgl. Schoen 2014: 772). In vergleichsweise bevölkerungsarmen Quartieren, denen viele Mandate zustehen, hat die Stimme der einzelnen BürgerIn ein grösseres Gewicht als in bevölkerungsreichen Quartieren mit wenigen Mandaten (ace 2015b).¹⁷
- tieferer Frauenanteil: In der vorwiegend amerikanischen Forschung zur Repräsentation von Frauen in Parlamenten wird meistens Evidenz dafür gefunden, dass kleine Wahlkreise bzw. Einerwahlkreise entweder keinen oder sogar einen negativen Effekt auf die Vertretung von Frauen haben (siehe Trounstein & Valdin 2008: 555).

Auch aus der Perspektive der interviewten ParteienvertreterInnen ist eine Unterteilung des Aarauer Stadtgebietes in mehrere (kleine) Wahlkreise auf der Grundlage von Quartieren bzw. Stadtteilen eindeutig mit negativen Auswirkungen verbunden. Zwei praktische Gründe werden hierfür genannt. Erstens sind Wahlkreise mit zusätzlichen Kosten für politische Werbung verbunden, da quasi gleichzeitig mehrere Wahlkämpfe bestritten werden müssen:

"Was wir schon auch gemerkt haben bezüglich Wahlkreisen... In dem Jahr mit zwei Wahlkreisen. Die Werbung muss für jeden Wahlkreis separat gemacht werden. Jetzt gerade für die kleinen Parteien und Vereine ist das also bedeutend aufwändiger als wenn man nur eine Liste und eine Wahlwerbung für das ganze Stadtgebiet machen muss" (InterviewpartnerIn 2).

Zweitens wird auch in mehreren Interviews darauf hingewiesen, dass eine Unterteilung in Wahlkreise dazu führen würde, dass die bereits im jetzigen Einheitswahlkreis schwierige Suche nach KandidatInnen noch zusätzlich erschwert würde:

"Wenn man denn Leute findet! [...] Die Vorstellung ich müsste noch mit Wahlkreisen arbeiten, das ist schwierig. Also wenn man das neu einführen würde, dann hat man Leute die gute politische Arbeit machen und einen Namen haben. Diese könnten dann je nach dem gar nicht in einem Wahlkreis kandidieren, weil es zu viele hat. Ich finde grundsätzlich, wer sich

¹⁷ Das unterschiedliche Gewicht der Stimmen kann am Beispiel der Einwohnerratswahlen 2009 illustriert werden. Per Ende 2008 lag die Bevölkerungszahl in Rohr bei 3'208, diejenige von Aarau bei 15'753 (vgl. BFS 2015). Daraus ergibt sich für den Wahlkreis Rohr mit 9 Sitzen eine Repräsentationsziffer von 356, für den Wahlkreis Aarau beträgt sie hingegen 384. Eine Stimme in Rohr hatte demnach ein höheres Gewicht als eine Stimme in Aarau.

engagieren möchte, der soll sich auch engagieren können. Ich glaube bei Wahlkreisen könnte das noch schwierig werden. Ich würde nicht drei Leute finden am Hungerberg"
(InterviewpartnerIn 1).

6. Synthese

In dieser Fallstudie zur Demokratie nach Gemeindefusionen in der Stadt Aarau wurden drei Fragenkomplexe anhand von unterschiedlichen methodischen Zugängen untersucht.

Im ersten Fragenkomplex zur Rolle und Bedeutung von intermediären Organisationen interessierten insbesondere die folgenden beiden Fragen: *Wie sind Parteien organisiert und welche Implikationen ergeben sich dabei für die lokale Demokratie? Wie wird sichergestellt, dass "neue" Stadtteile angemessen in die Strukturen intermediärer Organisationen der Gesamtstadt integriert werden?*

Die Ergebnisse aus den sechs ExpertInnen-Interviews mit VertreterInnen von Aarauer Parteiorganisationen zeigen, dass Aarauer Quartiere für die politische Arbeit nicht von zentraler Bedeutung sind, was wahrscheinlich auch mit der relativen Kleinheit der Stadt Aarau zusammenhängt. Die Parteien sind gesamtstädtisch organisiert und fühlen sich gegenüber der Gesamtstadt bzw. der eigenen Partei, nicht aber gegenüber den Quartieren verpflichtet. Interessen aus den Quartieren werden, wenn überhaupt, meist über Doppelmitglieder an die Parteien herangetragen. Die beiden "Einfamilienhausquartiere" Zelgli und Gönhard sind in der Wahrnehmung der InterviewpartnerInnen in der Aarauer Politik überrepräsentiert. Die Berücksichtigung aller Quartiere im Rahmen der politischen Arbeit stösst an praktische Grenzen, da es heutzutage ohnehin nicht einfach ist, politisches Personal zu rekrutieren. Um den "neuen" Stadtteil Rohr angemessen in der Parteistruktur zu berücksichtigen, greift nur eine der interviewten Parteien auf fixe Quoten (im Vorstand) zurück. Die übrigen Parteien berücksichtigen den neuen Stadtteil primär symbolisch, d.h. indem diverse Veranstaltungen in Rohr durchgeführt werden.

Demokratiethoretisch interessant ist zum einen der Befund, dass mit der Fusion von Rohr und Aarau unterschiedliche politische Kulturen aufeinandergetroffen sind: Eine an Effizienz und Sachpolitik orientierte Rohrer Kultur, in der man sich teilweise an den Interessen des Stadtteils orientiert und eine stärker parteipolitisch geprägte Aarauer Kultur, die die Gesamtstadt im Fokus hat.

Das lokale Parteiensystem hat sich in der Wahrnehmung der Interviewten seit der Fusion nicht verändert, d.h. es gibt aus Aarauer Sicht keine Hinweise auf eine Delokalisierung des Parteiensystems, wie sie Koch & Rohner (2015) am Beispiel von Fusionen kleiner Tessiner Gemeinden feststellen konnten. Aus Rohrer Sicht hat sich das Parteiensystem hingegen grundlegend verändert. Die relativ starken und gerade in kleineren Gemeinden dominierenden Parteilosen (vgl. Ladner, 2008: 62-63) sind aus der Politlandschaft verschwunden. Neue national etablierte Parteien wie Grüne, CVP, EVP und GLP sind hinzugekommen, was die Delokalisierung veranschaulicht. Die Aussagen aus einem Interview, wonach Pro Aarau bei den Gesamterneuerungswahlen 2009 im Wahlkreis Rohr einen höheren prozentualen Stimmenanteil erreichen konnte und insbesondere für parteilose WählerInnen attraktiv war, können folgendermassen interpretiert werden: Die Existenz von Pro Aarau verhinderte,

dass (alle) parteilosen WählerInnen ihre Stimme den national etablierten Parteien geben. Insofern fungierte der Verein als Puffer, der v.a. aus Rohrer Perspektive eine komplette Delokalisierung des Parteiensystems verhinderte.

Für den zweiten Fragenkomplex zur Einwohnerratsgrösse wurden folgende Fragen formuliert: *Was ist eine passende Grösse der Legislative um verschiedene Quartiere bzw. Stadtteile berücksichtigen zu können? Welche Konsequenzen ergeben sich aus der unterschiedlichen Sitzzahl für die Interessenrepräsentation in Aarau?*

Aus der Simulation verschiedener Einwohnerratsgrössen auf der Grundlage der Wahlergebnisse der Gesamterneuerungswahlen vom 24. November 2013 wird deutlich, dass sich die Parteistärken in den verschiedenen berechneten Szenarien kaum verändern. Bei der aktuellen Grösse von 50 Sitzen wird zudem das proportionalste Ergebnis erreicht. Die Differenz zwischen Stimmen- und Sitzanteil ist hier am kleinsten, d.h. die Verteilung der Mandate spiegelt den Stimmenanteil der Parteien sehr genau wider. Eine Grösse von 50 Sitzen scheint demnach passend zu sein, um die politischen Gruppierungen angemessen zu repräsentieren – zumindest für die Resultate der Wahlen 2013.

In Bezug auf die Quartierrepräsentation bestätigt die Analyse die Wahrnehmung der InterviewpartnerInnen: Die beiden Quartiere Zelgli und Gönhard dominieren den Einwohnerrat in allen Szenarien klar. Kandidierende aus diesen beiden Quartieren werden im Status Quo häufig gewählt, und die Nichtgewählten aus diesen Quartieren erhalten derart viele Stimmen, dass sie bei einer Vergrösserung des Einwohnerrates nachrücken würden. Die Parteienvielfalt ist in diesen beiden Quartieren besonders gross. Bei einer Einwohnerratsgrösse von 40 Sitzen oder mehr würden aus beiden Quartieren fünf verschiedene Parteien mindestens ein Einwohnerratsmandat erreichen.

Das Zelgli ist gemessen an den ihm basierend auf den Einwohnerzahlen zustehenden Sitzen im Status Quo (50 Sitze) deutlich – um sieben Sitze – übervertreten. Den Gegenpol bildet das Telli mit einer Untervertretung von 5 Sitzen. Die vier relativ kleinen Quartiere Brunnbach, Rössligut, Tannengut und Torfeld Nord sind hingegen auch in einem 80 Sitze umfassenden Einwohnerrat nicht vertreten. Bei einer Vergrösserung von 50 auf 60 Sitze wären zwei zusätzliche Quartiere, Altstadt und Hungerberg, im Einwohnerrat vertreten. Eine Vergrösserung könnte folglich zu einer angemesseneren Abbildung der Quartiere beitragen.

Im dritten Kapitel wurde das Thema Wahlkreis und -grösse diskutiert. Hierzu wurde die folgende Fragestellung aufgestellt: *Welche Effekte haben die Existenz von Wahlkreisen und ihre Grösse für die Repräsentation der verschiedenen Quartiere bzw. Quartiersinteressen?* Nach einer Einführung in das Thema Wahlkreise und einem kurzen Überblick zu Wahlkreisen in der Schweiz erfolgte eine Diskussion von Vor- und Nachteilen grosser bzw. kleiner Wahlkreise. Die Stadt Aarau bildet aktuell einen Einheitswahlkreis, in dem 50 Mandate zu vergeben sind. Im Vergleich zu einer Unterteilung in mehrere kleinere Wahlkreise ermöglicht dies eine angemessene Vertretung kleiner Parteien. Auch sie haben reelle Chancen auf einen Sitzgewinn. Die Quartiere sind hingegen sehr ungleich vertreten. Es stellt sich somit die grundsätzliche Frage, wen oder was der Einwohnerrat repräsentieren soll (vgl. auch Töndury 2013: 65). Eine Unterteilung des Stadtgebietes in mehrere Wahlkreise würde zwar zu einer fairen Vertretung der Quartiere beitragen, allerdings zulasten der Vielfalt politischer Einstellungen (Hirter 2004: 5). Zudem geht aus den Interviewaussagen hervor, dass eine (zu starke)

Unterteilung in Wahlkreise die bestehenden Rekrutierungsprobleme beim Zusammenstellen von Einwohnerratslisten zusätzlich verschärfen würde (vgl. auch Dlabac et al. 2014). Trotzdem stellt sich im Hinblick auf zukünftige Fusionen die Frage, wen oder was der Aarauer Einwohnerrat repräsentierten soll. Abhängig von der Antwort auf diese Frage kann eine Schaffung von Wahlkreisen – nicht nur vorübergehend im Hinblick auf Gemeindefusionen, sondern auch permanent – sinnvoll sein.

In den durchgeführten Interviews wurde das Thema der Gemeindefusionen auch direkt angesprochen. Auf politischer Ebene wird eine Sitzgarantie für die kleinere Gemeinde, wie sie bei der Fusion von Aarau und Rohr mit Wahlkreisen erreicht wurde, von allen befragten Parteien als sinnvoll erachtet. Neben harten politischen spielen aber auch weiche Faktoren eine nicht zu unterschätzende Rolle bei Fusionen. Es scheint wichtig zu sein, Traditionen der kleineren Gemeinde weiterzupflegen, zur Identitätswahrung beizutragen, um Ängsten vor der Assimilation in einer grösseren Gemeinde vorzubeugen. Der Einbezug von Personen, die in den Fusionsprozess von Aarau und Rohr involviert waren, könnte zum erfolgreichen Gelingen zukünftiger Fusionen beitragen.

Literaturverzeichnis

- ace, The Electoral Knowledge Network (2015a): Multimember Districts: Advantages and Disadvantages. Online im Internet unter: <http://aceproject.org/main/english/bd/bda02a01.htm> [Zugriff: 12. Oktober 2015]
- ace, The Electoral Knowledge Network (2015b): Single-Member Districts: Advantages and Disadvantages. Online im Internet unter: <http://aceproject.org/main/english/bd/bda02a01.htm> [Zugriff: 12. Oktober 2015]
- Ankar, C. (1997): "Determinants of Disproportionality and Wasted Votes", *Electoral Studies*, 16(4), 501-515.
- BFS, Bundesamt für Statistik (2015): Bevölkerungsstand und -struktur – Detaillierte Daten. Allgemeine Übersicht - Räumliche Bevölkerungsverteilung - Bilanz der ständigen Wohnbevölkerung nach Bezirken und Gemeinden. Online im Internet unter: <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/02/blank/data/01.html> [Zugriff: 10. Oktober 2015]
- Bochsler, D. (2005): *Biproportionale Wahlverfahren für den Schweizer Nationalrat. Modellrechnungen für die Nationalratswahlen 2003*. Augsburg: Universität Augsburg.
- Carey, J. M., & Hix, S. (2011): "The Electoral Sweet Spot: Low-Magnitude Proportional Electoral Systems", *Midwest Political Science Association*, 55(2), 383-397.
- Dahl, R. A., & Tufte, E. (1973): *Size and democracy*. Palo Alto: Stanford University Press.
- Dlabac, O., Rohner, A., Zenger, T., und Kübler, D. (2014): *Die Milizorganisation der Gemeindeexekutiven im Kanton Aargau. Rekrutierungsprobleme und Reformvorschläge (Studienberichte des Zentrums für Demokratie Aarau Nr. 4)*. Aarau: Zentrum für Demokratie Aarau.
- Duverger, M. (1951): *Les partis politiques*. Paris: Colin.
- Engstrom, R., & McDonald, M. (1986): The Effect of At-Large Versus District Elections on Racial Representation in U.S. Municipalities. In: Grofman, B./ Lijphart, A. (Hrsg.): *Electoral Laws and Their Political Consequences*. New York: Agathon Press: 203-225.
- Falter, J. W. und Winkler, J. R. (2014): Wahlgeographie und politische Ökologie. In: Falter, J.W. und Schoen, H. (Hrsg.): *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien: 135-168.
- Fetz, U. (2015): Demokratiedefizite bei Gemeindefusionen. In: Kübler, D. und Dlabac, O. (Hrsg.), *Demokratie in der Gemeinde. Herausforderungen und mögliche Reformen*. Schriften zur Demokratieforschung 11. Zürich/Basel/Genf: Schulthess: 155-171.
- Flick, U. (2009): *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung* (2. Auflage). Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Gallagher, M. (1991): Proportionality, Disproportionality and Electoral Systems. *Electoral Studies*, 10(1), 33-51.
- Grofman, B., und Lijphart, A. (1986): *Electoral Laws and Their Political Consequences*. New York: Agathon Press.
- Hirter, H. (2004): "Die Grösse eines Parlaments aus politologischer Sicht", *Parlament (Mitteilungsblatt der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen)*, 1, 4-5.
- Häussermann, H., und Wurtzbacher, J. (2012): Politische Integration und Repräsentation in der fragmentierten Stadt. In: Heitmeyer, W./ Imbusch, P./ Häussermann, H. und Wurtzbacher, J.

- (Hrsg.): *Desintegrationsdynamiken*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 171-184.
- Joye, D., Huissoud, T., & Schuler, M. (1995): *Habitants des quartiers, citoyens de la ville?* Zürich: Seismo.
- Kanton Aargau (2013): Gemeindestrukturbericht 2013. Departement Volkswirtschaft und Inneres des Kantons Aargau: Gemeindeabteilung: Aarau. Online im Internet unter: https://www.ag.ch/media/kanton_aargau/dvi/dokumente_5/ga_1/gemeindestrukturen/Gemeindestrukturbericht_2013_web_Homepage.pdf [Zugriff: 16. Juli 2015].
- Kanton Aargau (2015): Politik. Politische Vertreter des Kantons Aargau. Grossratswahlen. Sitzverteilung (ab 1973). Online im Internet unter: https://www.ag.ch/de/dfr/statistik/statistische_daten/oeffentliche_statistik/politik/politik_1.jsp [Zugriff: 15. Oktober 2015].
- Kersting, Norbert (2004): *Die Zukunft der lokalen Demokratie: Modernisierungs- und Reformmodelle*. Frankfurt, New York: Campus.
- Koch, P., & Rohner, A. (2015): Der Effekt von Gemeindefusionen auf die lokale Demokratie. In: Kübler, D. und Dlabac, O. (Hrsg.): *Demokratie in der Gemeinde. Herausforderungen und mögliche Reformen*. Schriften zur Demokratieforschung. Aarau: Zentrum für Demokratie Aarau: 133-153.
- Kübler, D. (2014): Die Gemeinde – Schule der Demokratie? Gastkommentar zur Kommunalpolitik seines [gekürzte Version des Vortrags an den 6. Aarauer Demokratietagen vom 27./28. März 2014]. In: *Neue Zürcher Zeitung vom 27. März 2014*.
- Ladner, A. (2008): *Die Schweizer Gemeinden im Wandel: Politische Institutionen und lokale Politik*. Cahier de l'IDHEAP 238/2008. Chavannes-Lausanne: IDHEAP.
- Lijphart, A. (1994): *Electoral systems and party systems. A study of twenty-seven democracies. 1945-1990*. Oxford: Oxford University Press.
- Linder, W. (2005): *Schweizerische Demokratie. Institutionen, Prozesse, Perspektiven* (2. überarbeitete Auflage). Bern: Haupt.
- Maier, S., & Pukelsheim, F. (2007): *Bazi: A Free Computer Program for Proportional Representation Apportionment*. Augsburg: Universität Augsburg, Institut für Mathematik.
- Mayring, P. (2002): *Einführung in die Qualitative Sozialforschung* (8. überarbeitete Auflage). Weinheim und Basel: Beltz Verlag.
- Meuser, M., & Nagel, U. (2002): ExpertInneninterviews - vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Bogner, A./ Littig, B. und Menz, W. (Hrsg.): *Das Experteninterview*. Opladen: Leske & Budrich.
- Nohlen, D. (2004): *Wahlrecht und Parteiensystem. Zur Theorie der Wahlsysteme* (4. korrigierte und aktualisiert Auflage). Opladen: Leske + Budrich.
- Poledna, T. (1988): *Wahlrechtsgrundsätze und kantonale Parlamentswahlen* Dissertation an der Universität Zürich 1988 (Referent: Alfred Kölz). Zürich: Schulthess.
- Schaap, L., und Niels, K. (2015): *Evaluating Municipal Mergers` Effects. A Review of Amalgamation Studies in the Netherlands*. Paper präsentiert an der PSA Konferenz in Sheffield. 30. März bis 1. April 2015.
- Schmid, A. (2004): "Die Reduktion der Mitgliederzahl des aargauischen Grossen Rates von 200 auf 140 Mitglieder", *Parlament (Mitteilungsblatt der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen)* 1: 11.
- Schoen, H. (2014): Wahlsystemforschung. In: Falter, J. W. und Schoen, H. (Hrsg.): *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien: 769-823.

- Schweizerische Eidgenossenschaft (2015): Wie viele Nationalratssitze stehen Ihrem Kanton zu? Online im Internet unter: <https://www.ch.ch/de/wahlen2015/schweizer-parlament/nationalrat/quant-seggi-spettano-al-vostro-cantone-in-consiglio-nazionale/> [Zugriff: 12. Oktober 2015].
- Stadt Aarau (2008): Botschaft zur Urnenabstimmung vom 24. November 2008. Zusammenschluss der Einwohnergemeinden Rohr und Aarau zur Einwohnergemeinde Aarau. Online im Internet unter: http://www.aarau.ch/documents/Abstimmungszeitung_Furora.pdf [Zugriff: 7. Juli 2015].
- Stadt Aarau (2013a): Stadtmonitoring, Quartiere. Ausgestellt durch das Stadtbauamt Aarau. Online im Internet unter: http://www.aarau.ch/documents/2014_02_quartiere.pdf [Zugriff: 16. November 2015].
- Stadt Aarau (2013b): Abstimmungs- und Wahlergebnisse vom 24. November 2013. Online im Internet unter: http://www.aarau.ch/xml_1/internet/de/application/d88/d1677/d1348/f4599.cfm [Zugriff: 16. November 2015].
- Stadt Aarau (2014): Protokoll des Einwohnerrates. 1. Sitzung 2014 vom Montag, 20. Januar 2014, 20 Uhr, im Grossratssaal. Online im Internet unter: http://www.aarau.ch/documents/2014_01_20_ER_Protokoll_01.pdf [Zugriff: 7. November 2015].
- Stadt Zürich (2013): Erneuerungswahlen des Gemeinderats 2014 – Sitzzuteilung auf die Wahlkreise (Stand 15. Mai 2013). Online im Internet unter: <https://www.stadt-zuerich.ch/portal/de/index/service/medien/medienmitteilungen/2013/130515b.html> [Zugriff: 19. Oktober 2015].
- Taagepera, R. und Shugart, M. S. (1989): *Seats and votes the effects and determinants of electoral systems*. New Haven, Connecticut: Yale University Press.
- Trounstein, J., und Valdin, M. E. (2008): "The Context Matters: The Effects of Single-Member versus At-Large Districts on City Council Diversity", *American Journal of Political Science*, 52(3): 554-569.
- Tschannen, P., & Wyss, S. (2005): *Wahlkreise im Kanton Zug. Gutachten zuhanden der Direktion des Innern des Kantons Zug*. Bern: Universität Bern, Institut für öffentliches Recht.
- Töndury, A. (2013): Der ewige K(r)ampf mit den Wahlkreisen. In: Good, A. und Platipodis, B. (Hrsg.): *Direkte Demokratie. Herausforderungen zwischen Politik und Recht. Festschrift für Andreas Auer zum 65. Geburtstag*. Bern: Stämpfli Verlag AG: 51-69.
- Vatter, A. (2002): *Kantonale Demokratien im Vergleich: Entstehungsgründe, Interaktionen und Wirkungen politischer Institutionen in den Schweizer Kantonen*. Opladen: Leske + Budrich.
- von Hagen, J. (2006): Political Economy of Fiscal Institutions. In: Weingast, B.R. und Wittman, D. (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Political Economy*. Oxford: Oxford University Press: 464-478.

Anhang 1: Abbildungen zu den Simulationen

Abbildung 9: Soll- und Istwert der Anzahl Sitze pro Quartier per 24. November 2013

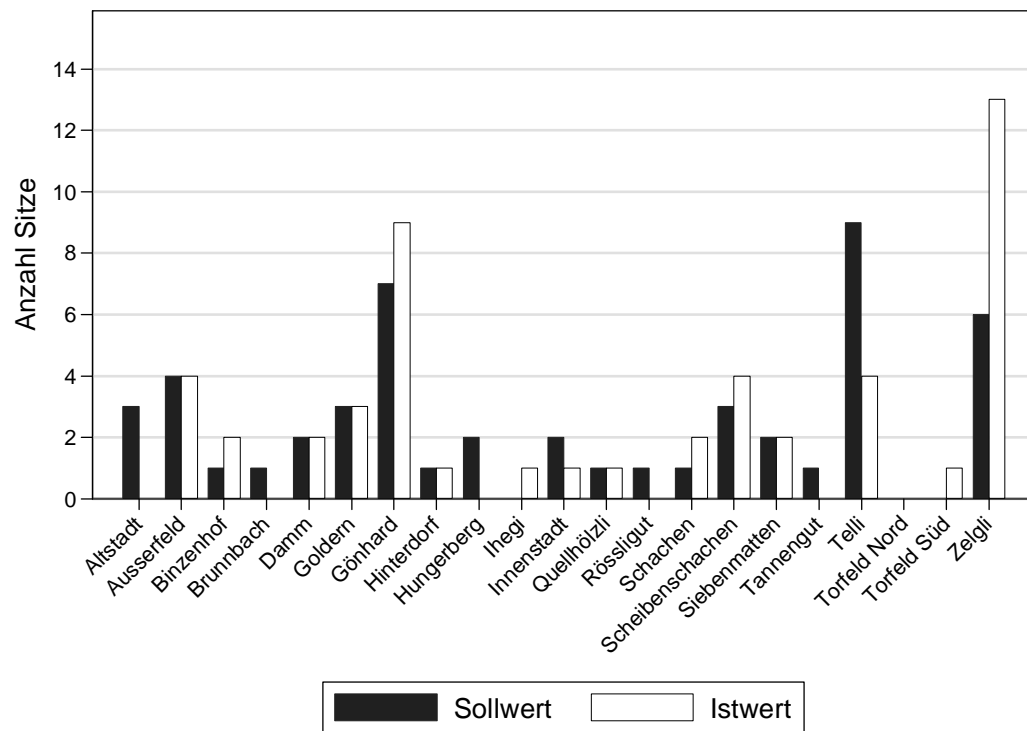
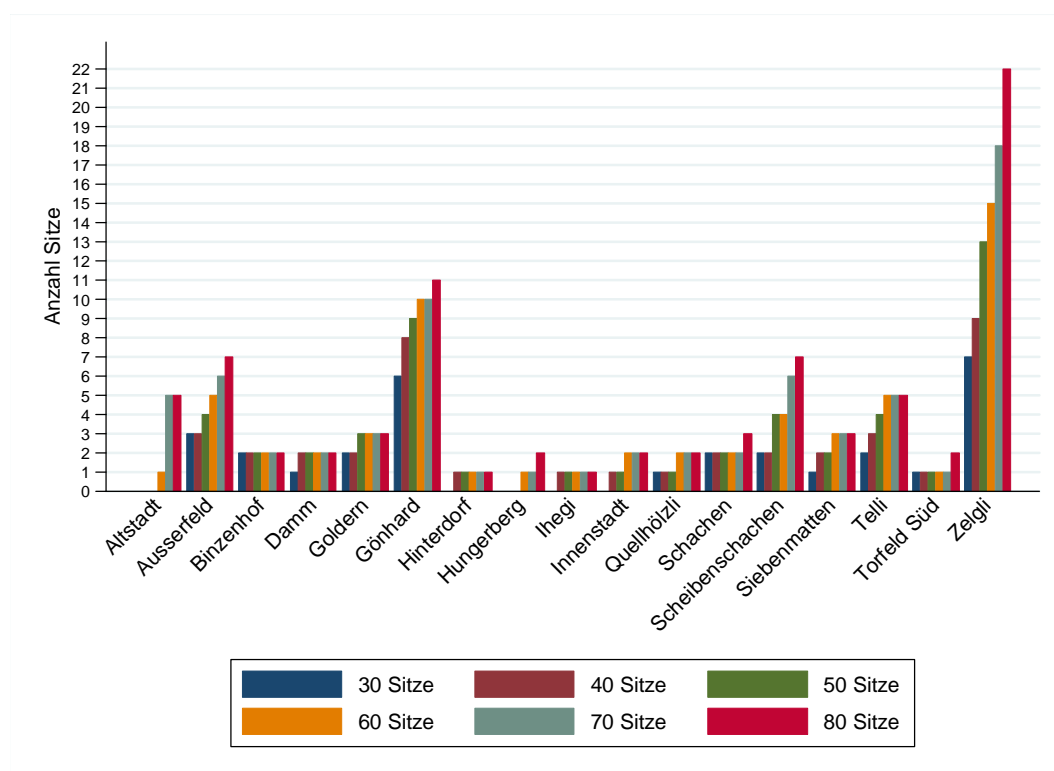


Abbildung 10: Sitze pro Quartier in sechs verschiedenen Szenarien

Anhang 2: Methodischer Anhang

Tabelle 2: Interviewleitfaden

Aarauer Quartiere und Ihre Partei	
1.	<u>Quartierrepräsentation in der Partei:</u> Wie sind die verschiedenen Aarauer Quartiere innerhalb Ihrer Partei repräsentiert (unter den Mitgliedern bzw. im Vorstand der Partei)? Dominiert ein Quartier in der Partei oder sind die Quartiere ungefähr gleichmässig repräsentiert?
2.	<u>Politische Kultur:</u> Nehmen Sie Unterschiede in der politischen Kultur der verschiedenen Aarauer Quartiere wahr? Unterscheiden sich die politischen Einstellungen der BürgerInnen je nach Quartier? Gibt es aktivere und weniger aktive Quartiere?
3.	<u>Kommunikation mit Quartiervereinen:</u> Wie und in welcher Form erfolgt die Kommunikation der Partei mit den Aarauer Quartiervereinen (Sitzungen, Teilnahme an Versammlungen der Quartiervereine etc.)? Bestehen Feedback-Möglichkeiten auf beide Seiten?
4.	<u>Kriterien der Zusammenstellung von Listen:</u> Ist eine angemessene Repräsentation der Quartiere ein Kriterium bei der Zusammenstellung der Listen für Einwohnerratswahlen? Welches sind die anderen Kriterien? Welches sind die wichtigen Kriterien und warum?
5.	<u>Quartiere und politische Arbeit:</u> Welche Rolle spielen die Aarauer Quartiere im Rahmen der politischen Arbeit (z.B. bei Sitzungen, Diskussionen, etc.)? Inwiefern wird die politische Arbeit von den Quartieren beeinflusst oder geprägt?
6.	<u>Ort der politischen Aktivitäten:</u> Finden politische Aktivitäten (z.B. Standaktionen, Unterschriftensammlungen etc.) in verschiedenen Quartieren statt oder konzentrieren sie sich auf ein bestimmtes Quartier (z.B. Altstadt)?
7.	<u>Quartiersinteressen:</u> Werden Interessen der BewohnerInnen von Quartieren an Mitglieder der Partei bzw. MandatsträgerInnen herangetragen?
Rollenverständnis von Parteimitgliedern und MandatsträgerInnen	
8.	<u>Rollen- und Repräsentationsverständnis:</u> Sehen sich MandatsträgerInnen (insbesondere EinwohnerratInnen) aus Ihrer Partei hauptsächlich als VertreterInnen der Partei oder als solche der Quartiere? Fühlen sie sich stärker der Partei, den Quartieren oder der Gesamtstadt verbunden?
9.	<u>Diskrepanz Rollenverständnis:</u> Fassen MandatsträgerInnen aus Rohr ihre Rolle anders auf als diejenigen aus Aarau selber? Falls ja, wie erklären Sie sich diese Diskrepanz (Sozialisierung durch Gemeindeversammlung)?
10.	<u>Verbundenheit:</u> Wie stark sind Mitglieder Ihrer Partei in den Quartieren verwurzelt? Fühlen sich die Mitglieder Ihrer Partei stärker verbunden mit den Quartieren oder der Partei?
11.	<u>Accountability (Verantwortlichkeit):</u> Wem gegenüber fühlen sich MandatsträgerInnen hauptsächlich verantwortlich (Quartier/Stadtteil oder Partei)? Welche Verantwortlichkeit dominiert bei einem Konflikt?
Veränderungen seit der Fusion mit Rohr (anfangs 2010)	
12.	<u>Wahlkreise:</u> Bei den Gesamterneuerungswahlen des Aarauer Einwohnerrats Ende 2009 bestanden zwei Wahlkreise (Rohr mit 9 Sitzen und Aarau mit 41 Sitzen). Wie

beurteilen Sie persönlich Wahlkreise und begründen Sie bitte? Erachten Sie Wahlkreise als sinnvoll oder nicht? Falls ja, warum?
13. <u>Parteiensystem</u> : Koch & Rohner (2015) haben festgestellt, dass nach Fusionen die Bedeutung bzw. die Anzahl von rein lokalen Parteien (z.B. ProAarau oder JETZT!) abnimmt bzw. sie verschwinden und es findet eine Delokalisierung des Parteiensystems statt. Hat sich aus Ihrer Sicht das Parteiensystem in Aarau seit der Fusion verändert?
14. <u>Politische Kultur</u> : Sind seit der Fusion Aarau-Rohr unterschiedliche politische Kulturen zu beobachten? Innerhalb der Partei und in der Stadt generell? Falls ja, haben diese unterschiedlichen Kulturen auch schon zu Konflikten geführt?
15. <u>Grösse des Einwohnerrates</u> : Ist der Einwohnerrat in Aarau aus Ihrer Sicht mit 50 Sitzen genug gross, um eine angemessene Repräsentation der verschiedenen Aarauer Quartiere sicherzustellen? Würden Sie eine andere Grösse des Einwohnerrates bevorzugen? Falls ja, welche Grösse und warum?
16. <u>Mobilisierungsfähigkeit & Wahlbeteiligung</u> : Haben sich Mobilisierungsfähigkeit und Wahlbeteiligung in Aarau seit der Fusion verändert (vgl. These aus der Literatur)? Ist es schwieriger geworden, WählerInnen für ein Anliegen zu mobilisieren?
17. <u>Konkurrenzsituation und stille Wahlen</u> : Hat die Konkurrenz bei Wahlen aus Ihrer Sicht zugenommen, d.h. stehen den WählerInnen z.B. bei Einwohnerratswahlen mehr Alternativen zur Auswahl als vor der Fusion? Fällt die Besetzung politischer Ämter (inkl. Kommissionen) seit der Fusion leichter?
18. <u>Parteistruktur</u> : Wie hat sich die Struktur Ihrer Partei seit der Fusion verändert? Wurden Massnahmen ergriffen, um die Repräsentation der RohrerInnen in der Partei sicherzustellen (z.B. in Vorstand, Präsidium, etc.)? Falls ja, welche?
19. <u>MandatsträgerInnen</u> : Zeigen sich Unterschiede in Verhalten, Auftreten, politischer Arbeit etc. zwischen MandatsträgerInnen aus Rohr und denjenigen aus Aarau? Falls ja, wie erklären Sie sich diese Unterschiede?
20. <u>Weitere bisher nicht genannte Veränderungen seit der Fusion</u> : Hat sich die politische Arbeit in Aarau seit der Fusion mit Rohr sonst in irgendeiner Form verändert?

Tabelle 3: Informationen zu den durchgeführten Interviews

Nr.	Funktion	Datum des Interviews
1	ParteipräsidentIn und EinwohnerratIn	27. Juli 2015
2	VereinspräsidentIn und EinwohnerratIn	7. August 2015
3	FraktionspräsidentIn und EinwohnerratIn	7. August 2015
4	FraktionpräsidentIn und EinwohnerratIn	16. Oktober 2015
5	Vize-VereinspräsidentIn	26. Oktober 2015
6	ParteipräsidentIn und EinwohnerratIn	30. Oktober 2015

Tabelle 4: Mathematische Formel des Gallagher-Index (Index der kleinsten Quadrate)

$$\text{Index der kleinsten Quadrate} = \sqrt{\frac{1}{2} \sum_{i=1}^n (\text{Stimmenanteil}_i - \text{Sitzanteil}_i)^2}$$
